



Nr. 486 | 22.09.2026

Russland-Analysen

**Wirtschaftsentwicklung
Hybride Angriffe
Luftkrieg
Duma- und Regionalwahlen**

ANALYSE	
Jenseits des Gesamtwachstums: Russlands uneinheitliche Kriegswirtschaft Heli Simola (Bank of Finland Institute for Emerging Economies (BOFIT))	2
ANALYSE	
Wie resilient sind die lokalen Haushalte in Russland? Andrey Yushkov (Universität Illinois, Chicago)	9
KOMMENTAR	
»Unerwünscht« Susanne Schattenberg (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	14
DOKUMENTATION	
Reaktionen auf den versuchten Drohnenanschlag auf den Flughafen Leipzig/Halle und die Zuweisung der Verantwortung an Russland	15
KOMMENTAR	
Macht das Russische Haus zum Haus der freien Völker Artur Weigandt (Prag)	18
DOKUMENTATION	
Touristen aus Russland in der EU	21
DOKUMENTATION	
Russisch-ukrainischer Luftkrieg	22
KOMMENTAR	
Die Partei, die in Umfragen zu gut abschnitt: Jabloko und die Parlamentswahlen in Russland 2026 David Szakonyi (George Washington-Universität, Washington D.C.)	27
UMFRAGEN	
Stimmung in der Bevölkerung	29
DOKUMENTATION	
Erklärung zu den russischen Wahlen 2026 Russian Election Monitor	32
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	35

Jenseits des Gesamtwachstums: Russlands uneinheitliche Kriegswirtschaft

Heli Simola (Bank of Finland Institute for Emerging Economies (BOFIT))

DOI: 10.31205/RA.486.01

Zusammenfassung

Seit der groß angelegten Invasion in die Ukraine zeigt die russische Wirtschaft je nach Sektor uneinheitliche Entwicklungen. Dieser Artikel untersucht anhand von Statistiken zur russischen Industrie und zu Unternehmensgewinnen diese Unterschiede. In den mit dem Militär verbundenen Sektoren sind sowohl die Produktion als auch die Gewinne stark gestiegen, während viele zivile Industriezweige mit Produktionsrückgängen, geringeren Gewinnen und höheren Kosten zu kämpfen haben. Selbst innerhalb einzelner Branchen zeigen detaillierte Daten auf Produktebene erhebliche Schwankungen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich das Wachstum Russlands in Kriegszeiten zunehmend konzentriert, was es immer schwieriger macht, das Wachstum aufrechtzuerhalten.

Russlands Produktion wurde durch gezielte Fördermaßnahmen des öffentlichen Sektors angekurbelt

Dieser Artikel untersucht die wirtschaftlichen Entwicklungen Russlands während des Krieges (2022–2026) aus sektoraler Perspektive anhand offizieller russischer Statistiken zur Industrieproduktion und zur Unternehmensrentabilität. Die Analyse zeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung während des Krieges je nach Branche und Produkt äußerst uneinheitlich verlief. Während militärbezogene Branchen seit 2022 rasch gewachsen sind, stagnierten viele zivile Sektoren oder verzeichneten Rückgänge. Diese Divergenz spiegelt die ungleiche Verteilung staatlicher Fördermittel sowie die Anfälligkeit gegenüber Sanktionen wider, die den Zugang zu ausländischen Märkten, Technologien und Finanzmitteln beeinträchtigt haben.

Seit Russlands großangelegter Invasion in der Ukraine im Frühjahr 2022 hing das Produktionswachstum des Landes weitgehend von erheblichen Erhöhungen der öffentlichen Ausgaben ab. Im Durchschnitt sind die konsolidierten Haushaltsausgaben Russlands zwischen 2022 und 2026 jährlich um 15 % gestiegen. Der größte Teil davon floss in den Militärbereich. Laut SIPRI (2026) erreichten die Militärausgaben Russlands bis 2025 mehr als das Dreifache ihres Niveaus von 2021 und beliefen sich auf insgesamt 16 Billionen Rubel (etwa 160 Mrd. Euro) bzw. 7,5 % des BIP (Grafik 1 auf S. 6). Vorläufige Daten deuten darauf hin, dass die Mittelzuweisungen aus dem nationalen Haushalt für militärische Zwecke in der ersten Hälfte dieses Jahres weiter stark gestiegen sind, während die Mittel für das Gesundheitswesen, kommunale Dienstleistungen und den Umweltschutz gekürzt wurden.

Die staatlichen Ausgaben wurden durch gezielte Unterstützungsinitiativen des öffentlichen Sektors für strategische Branchen und Unternehmen ergänzt, darunter subventionierte Kredite. Diese Branchen haben

erhebliche Ressourcen aus der Wirtschaft – Arbeitskräfte, Produktionskapazitäten und finanzielle Mittel – gebunden, was zu einem raschen Anstieg der Löhne und der Inputpreise beigetragen hat. Infolgedessen hat die russische Zentralbank ihren Leitzins über einen längeren Zeitraum auf einem hohen Niveau gehalten, um eine Überhitzung der Wirtschaft zu vermeiden. Gleichzeitig hat sich die finanzielle Lage des russischen Staates verschärft, bedingt durch rasch steigende Kreditaufnahmen zur Deckung von Haushaltsdefiziten und steigende Schuldendienstkosten aufgrund hoher Zinssätze.

Wirtschaftssanktionen, die von einer Koalition westlicher Staaten verhängt wurden, haben russische Unternehmen zudem vor weitere Herausforderungen gestellt. Sanktionen gegen den Finanzsektor haben den Zugang zu ausländischem Kapital eingeschränkt, exportbezogene Beschränkungen haben die Einnahmen in verschiedenen Sektoren gesenkt, und importbezogene Sanktionen haben die Verfügbarkeit ausländischer Vorleistungen und Technologien verringert und deren Kosten erheblich in die Höhe getrieben (Korhonen und Simola, 2025 und 2026).

Während kriegsbezogene Branchen und Unternehmen von diesen Maßnahmen profitiert haben, sahen sich viele andere Sektoren mit Ressourcenengpässen und steigenden Produktionskosten konfrontiert. In den letzten Jahren ist die Produktion in vielen Branchen zurückgegangen, die nicht direkt mit den Kriegsanstrengungen in Verbindung stehen. Zudem sind die Gewinne deutlich geschrumpft, und der Anteil der verlustbringenden Unternehmen hat historische Höchststände erreicht.

Schnellstes Wachstum in kriegsbezogenen Branchen

Unsere Analyse untersucht die Entwicklungen im russischen Industriesektor. Zunächst betrachten wir die Trends auf aggregierter Ebene, bevor wir uns detaillierteren Daten zuwenden. Die Industrieproduktion wird

gemäß der von Rosstat (Statistikbehörde Russlands) veröffentlichten Branchenklassifikation (OKWED2) bewertet. Der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden werden aufgrund der Einstellung der Berichterstattung über die Ölförderung durch Rosstat als ein einziger Block behandelt. Daher umfasst dieser übergeordnete Block die Öl-, Erdgas- und Kohleförderung. Darüber hinaus umfasst unsere Analyse 23 verschiedene Branchen des verarbeitenden Gewerbes (einschließlich der Kategorie »Sonstiges«), während Sektoren wie Reparatur und Installation, Strom- und Gasversorgung sowie Wasserversorgung ausgeschlossen sind.

Die Daten zeigen, dass während des großangelegten Krieges Russlands von 2022 bis 2026 die Industrieproduktion in der Hälfte der untersuchten Branchen zunahm und in der anderen Hälfte zurückging. Das stärkste Wachstum verzeichneten Sektoren, die eng mit den militärischen Aktivitäten Russlands verbunden sind; dazu zählen unserer Ansicht nach die Herstellung von Metallwaren (einschließlich Munition), von Computer-, Elektronik- und optischen Produkten sowie von anderen Transportmitteln als Kraftfahrzeugen (Cooper, 2025; Simola, 2023).

Umgekehrt waren erhebliche Rückgänge in der Kraftfahrzeugherstellung – bedingt durch den Rückzug internationaler Automobilhersteller – sowie in der Herstellung von Holz- und Korkprodukten zu verzeichnen, die von den EU-Beschränkungen für russische Importe betroffen waren.

Aktuelle Zahlen deuten auf eine deutliche Verlangsamung des Wachstums der gesamten Industrieproduktion in diesem Jahr hin. Von Januar bis Juli stieg die gesamte Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um lediglich 0,1 Prozent. Zudem ist die Zahl der Branchen mit negativem Wachstum gestiegen; in diesem Jahr verzeichneten 14 der 24 analysierten Branchen einen Produktionsrückgang. Das stärkste Wachstum ist weiterhin in kriegsbezogenen Sektoren und bei der Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen zu beobachten, was möglicherweise auch durch die Nachfrage in Kriegszeiten beeinflusst wird. Auf der Seite des Rückgangs hat sich die Produktion bei der Herstellung von Koks und Erdölprodukten weiter verschlechtert, was wahrscheinlich auf sich verschärfende ukrainische Drohnenangriffe auf russische Ölraffinerien zurückzuführen ist, wodurch die Raffineriekapazitäten verringert wurden. Das kombinierte (saisonbereinigte) Produktionsvolumen der verarbeitenden Industrie ohne die kriegsbezogenen Sektoren lag bereits im Sommer 2026 unter dem Niveau von Anfang 2022 vor der großangelegten Invasion Russlands (Grafik 2 auf S. 6). Dies deutet darauf hin, dass der Krieg tatsächlich zu einem Rückgang in nicht-kriegsbezogenen Bereichen der verarbeitenden Industrie in Russland geführt hat.

Die Gewinnentwicklung der Industrie hat sich verschlechtert

Neben der Produktion hat sich in den letzten Jahren in vielen Sektoren auch die finanzielle Lage russischer Unternehmen schrittweise verschlechtert. Die Gesamtgewinne im russischen Unternehmenssektor sind in den letzten Jahren gesunken – um 9 % von 2021 bis 2025 – und gingen im Zeitraum Januar bis Mai im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um weitere 2,5 % zurück. Zu Beginn des Jahres 2026 erreichte der Anteil der verlustbringenden Unternehmen mit 37–38 % einen historischen Höchststand. Eine Analyse der Unternehmensgewinne nach Branchen zeigt zudem unterschiedliche Trends in den einzelnen Industriezweigen.

Die Kohleindustrie verzeichnete den stärksten Einbruch: Sie meldete zwei Jahre in Folge Verluste und weist weiterhin eine schwache Leistung auf. Im vergangenen Jahr waren 65 % der Kohleunternehmen unrentabel, was hauptsächlich auf westliche Importbeschränkungen, begrenzte Transportmöglichkeiten zur Umleitung der Exporte und hohe Transportkosten zurückzuführen war. Auch in der Herstellung von Kork- und Holzprodukten sowie in der Forstwirtschaft und im Holzeinschlag wurden im vergangenen Jahr Verluste verzeichnet.

Andererseits haben sich die Gesamtgewinne bestimmter kriegsbezogener Sektoren – wie beispielsweise die Herstellung von Metallwaren sowie von Computern, elektronischen und optischen Geräten – von 2021 bis 2025 verdreifacht. Im Gegensatz dazu sanken die Gesamtgewinne in der Herstellung sonstiger Transportmittel im gleichen Zeitraum um 12 %. Auch Branchen wie Bekleidung und Lebensmittel verzeichneten in letzter Zeit ein bemerkenswertes Gewinnwachstum, was teilweise auf gestiegene Kriegsausgaben zurückzuführen sein dürfte, wie später im Rahmen einer detaillierten Produktionsanalyse näher erläutert wird.

Stark variierende Trends bei der Produktion auf Produktebene

Eine detailliertere Untersuchung der Produktionsentwicklungen ist ebenfalls möglich (Simola, 2026). Rosstat stellt Daten zur physischen Produktion von fast 1.800 Produkten oder Produktgruppen im zivilen Sektor bereit. Die Datenveröffentlichung durch Rosstat ist selektiv, da die Produktklassifikation (OKPD) etwa 20.000 Positionen umfasst. Der Erfassungsgrad variiert erheblich zwischen den einzelnen Branchen. Für jedes Produkt oder jede Produktgruppe nutzen wir die am stärksten disaggregierten verfügbaren Daten, was zu etwa 1.600 Einzelprodukten auf der 6- bis 9-stelligen Ebene der OKPD-Klassifikation führt.

Die Ergebnisse der detaillierten Produktionsanalyse stimmen weitgehend mit den auf aggregierter Branchenebene beobachteten Ergebnissen überein. Die Produk-

tionstrends variieren deutlich zwischen den verschiedenen Produkten. Die Daten zeigen, dass bei etwa der Hälfte der untersuchten Produkte die Produktion zwischen 2021 und 2025 zunahm. Umgekehrt ging die Produktion bei den übrigen Produkten zurück. In der Regel waren die Veränderungen unabhängig von ihrer Richtung recht stark.

Deutliche Zuwächse waren insbesondere bei der Herstellung verschiedener Lebensmittel und Textilien zu verzeichnen, wo fast die Hälfte der Produkte im Zeitraum 2021–2025 ein Wachstum von über 20 % verzeichnete.

Im Einklang mit der aggregierten Analyse konzentrierten sich die stärksten Rückgänge – über 20 % – auf den Maschinen- und Anlagenbau (insbesondere den Automobilsektor), die Forstwirtschaft und die Grundmetallindustrie.

Eine detaillierte Betrachtung einzelner Produkte zeigt erhebliche Unterschiede bei den Produktionstrends innerhalb der Branchen (Grafik 3 und 4 auf S. 7). Die Produktion hat sich bei Produkten, die die Bestrebungen nach Importsubstitution und technologischer Souveränität unterstützen können (z. B. verschiedene Metallbearbeitungsmaschinen, Förderbänder, Halbleiterbauelemente), oder bei solchen, die potenziell mit der Bereitstellung von Gütern für militärische Zwecke durch den zivilen Sektor in Verbindung stehen (z. B. bestimmte Lampen, Schutzbekleidung, Herrenmäntel, Fleischkonserven und Metallbettgestelle), um ein Vielfaches erhöht.

Im Gegensatz dazu waren zahlreiche andere Produkte von deutlichen Produktionsrückgängen betroffen. Diese Rückgänge scheinen mit Einschränkungen der russischen Exporte zusammenzuhängen, insbesondere in der Forstwirtschaft (Bauholz, Rundholz, verschiedene Papiersorten, Holzbearbeitungsmaschinen), sowie mit dem Abzug ausländischer Unternehmen aus Russland – am ausgeprägtesten in der Automobilindustrie (Personenkraftwagen, Motoren, Reifen). Die gestiegene Produktion bestimmter Maschinentypen könnte die Produktion anderer verdrängt haben, was zu starken Rückgängen bei landwirtschaftlichen Maschinen (Mähdrescher, Geflügelbrutkästen, Sämaschinen, Bodenfräsen) und Baumaschinen (Planiermaschinen, Kräne, Bagger) beigetragen hat. Darüber hinaus haben Sanktionen, die den Zugang zu importierten Vorleistungen einschränken, die Produktion bestimmter Güter wie Flugzeuge und einiger pharmazeutischer Produkte offensichtlich erschwert.

Russlands längerfristige wirtschaftliche Aussichten haben sich verschlechtert

Insgesamt deuten diese Entwicklungen auf die Entstehung einer russischen Wirtschaft mit zwei Geschwindigkeiten hin. Auf der einen Seite stehen Branchen, die

direkt oder indirekt mit staatlichen Rüstungsaufträgen verbunden sind und von steigender Nachfrage, Vorzugsfinanzierungen und einem Zustrom von Arbeitskräften profitieren. Auf der anderen Seite stehen viele zivile Branchen, die mit schwächerer Nachfrage, Arbeitskräftemangel, hohen Kreditkosten und sanktionsbedingten Störungen konfrontiert sind. Aggregierte Wirtschaftsindikatoren verschleiern oft diese wachsende Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern.

Die jüngsten gegenläufigen Trends in der russischen Wirtschaftsleistung könnten auch erhebliche Auswirkungen auf die langfristigen Aussichten des Landes haben. Der anhaltende Konflikt hat bestehende strukturelle Herausforderungen verschärft und die langfristigen Wachstumsaussichten Russlands getrübt. Es wird erwartet, dass sich der Arbeitskräftemangel infolge von Kriegsoferten und Abwanderung verschärfen wird. Produktive Investitionen bleiben unzureichend, da ein erheblicher Teil der Investitionen in militärische Ziele fließt. Die Verbesserung des notorisch niedrigen Produktivitätsniveaus wird zunehmend erschwert durch den eingeschränkten Zugang zu fortschrittlichen Technologien und Fachwissen, verbunden mit verstärkten staatlichen Eingriffen wie einer weiteren Verschlechterung der Eigentumsrechte und einer verstärkten Lenkung der Unternehmen durch Preiskontrollen und andere administrative Maßnahmen. Diese Faktoren behindern Innovationen zusätzlich und mindern die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Die militärbezogenen Ausgaben und die Produktion sind erheblich gestiegen, wodurch Ressourcen aus anderen Sektoren abgezogen wurden und es in den nicht-militärischen Branchen zu sinkenden Einnahmen und steigenden Kosten kam. Diese Auswirkungen sind in der russischen Wirtschaft bereits erkennbar, wobei ihre Dauerhaftigkeit davon abhängen wird, ob die aktuellen Trends anhalten oder sich nach Beendigung der Kampfhandlungen umkehren.

Aus wirtschaftlicher Sicht gibt es kaum eine Rechtfertigung dafür, kriegsbezogene Industrien zu priorisieren. Es gibt Hinweise darauf, dass die Multiplikatoreffekte der Militärausgaben in Russland begrenzt sind (Kudrin und Knobel, 2018; Simola, 2025). In der Vergangenheit waren die Ausstrahlungseffekte auf zivile Sektoren eher gering. Zudem deuten vereinzelte Berichte auf ein erhöhtes Maß an Korruption im Zusammenhang mit den russischen Militärausgaben hin. Eine Umleitung öffentlicher Mittel in produktivere Initiativen würde wahrscheinlich höhere Wachstumsraten bewirken und sicherlich die künftige wirtschaftliche Entwicklung sowie das Wohlergehen der Bevölkerung besser fördern.

Derzeit sind wirtschaftliche Erwägungen in Russland jedoch gegenüber anderen politischen Zielen zweit-

rangig. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die derzeitige Führung beabsichtigt, diesen Ansatz in naher Zukunft zu ändern. Selbst wenn die Kämpfe in der Ukraine aufhören sollten, wird Russland wahrscheinlich weiterhin die hohen Militärausgaben und -produktion aufrechterhalten, um Lagerbestände aufzufüllen und sich auf einen potenziellen zukünftigen Bedarf vorzubereiten (Korhonen et al., 2025).

Darüber hinaus haben militärnahe Einrichtungen ihren Einfluss ausgebaut und werden sich voraussichtlich energisch für die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen einsetzen.

Schlussbemerkungen

Seit Russlands großangelegter Invasion in die Ukraine im Jahr 2022 verbergen die aggregierten Produktionszahlen Russlands stark variierende Trends in den einzelnen Branchen. Aggregierte Indikatoren wie das BIP oder die Industrieproduktion liefern daher ein unvollständiges

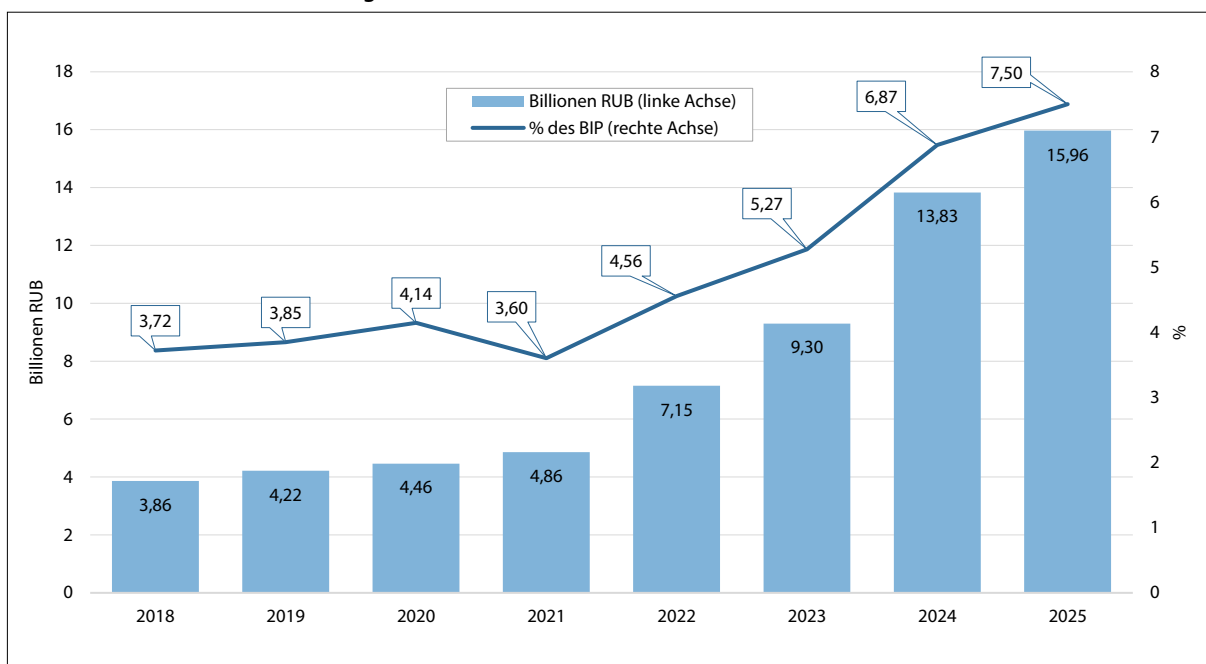
Bild der Wirtschaftsleistung. Eine stärker disaggregierte Analyse auf Branchenebene zeigt, dass sich das Wachstum zunehmend auf eine relativ kleine Gruppe militärbezogener Sektoren konzentriert, während viele zivile Branchen mit stagnierender Produktion, sinkender Rentabilität und zunehmenden Ressourcenengpässen zu kämpfen haben. Es wird immer schwieriger, das Produktionswachstum auf aggregierter Ebene allein durch diese wenigen Branchen aufrechtzuerhalten. Zudem verschlechtert sich die finanzielle Lage des russischen Staates, was die Möglichkeiten für weitere Erhöhungen der öffentlichen Ausgaben einschränkt. Dies spiegelt sich bereits in der erheblichen Verlangsamung des russischen Produktionswachstums in den Jahren 2025–2026 wider. Je länger Russland diesen zweigleisigen wirtschaftlichen Kurs fortsetzt, desto stärker wird dadurch auch das Potenzial für künftiges Wachstum und Wohlstand untergraben.

Über die Autorin

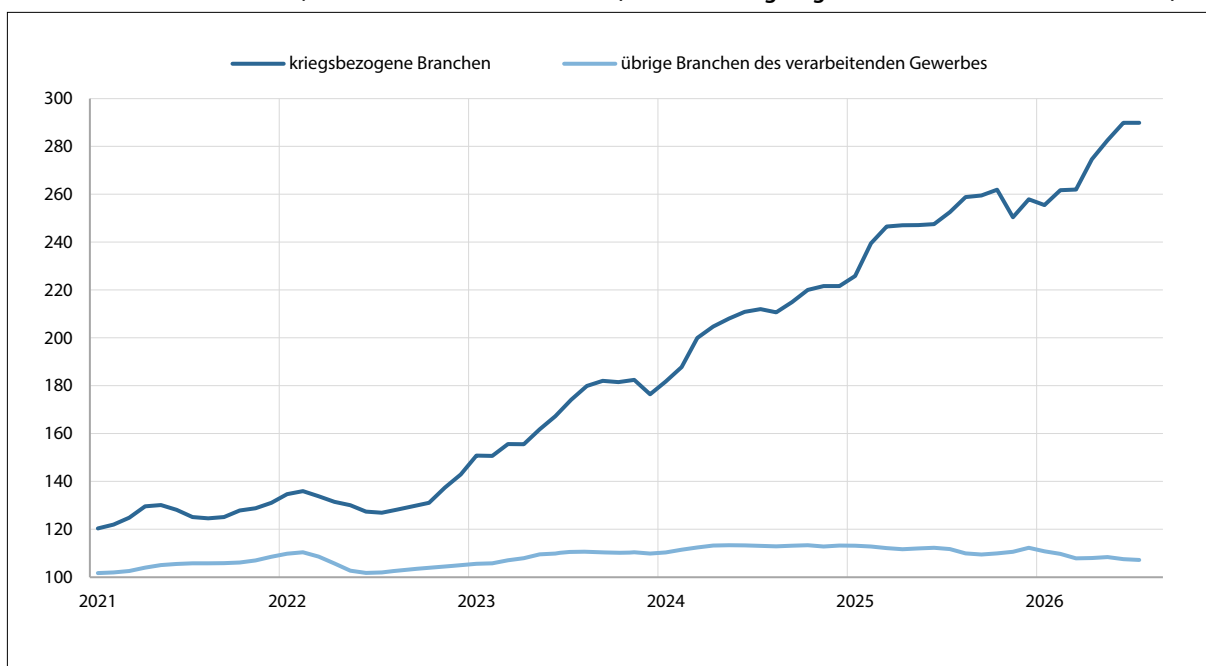
Dr. *Heli Simola* ist leitende Ökonomin beim Bank of Finland Institute for Emerging Economies (BOFIT). Sie ist spezialisiert auf die Analyse und Erforschung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik Russlands.

Lesetipps / Bibliografie

- Cooper, J. (2025). Military production in Russian official statistics of industrial output. BOFIT Policy Brief 6/2025.
- Korhonen, I. and Simola, H. (2026). High-priority battlefield items and television sets – How sectoral sanctions refigured trade flows, *Emerging Markets Review*, Vol. 75, 2026, 101545.
- Korhonen, I. and Simola, H. (2025). From sanctions to price surges: The dynamics of Russia's import prices. BOFIT Discussion Paper 8/2025.
- Korhonen, I., Simola, H. and Solanko, L. (2025). The impacts of war on Russia's economic future. BOFIT Policy Brief 4/2025.
- Kudrin, A. & Knobel, A. (2018). Russian budget structure efficiency: Empirical study. *Russian Journal of Economics*, 4(3), 197–214.
- Simola, H. (2025). Examining the effects of potential shocks on the Russian economy. BOFIT Policy Brief 19/2025.
- Simola, H. (2026). Revisiting Russian war-time import substitution. BOFIT Policy Brief 4/2026.
- Simola, H. (2023). The role of war-related industries in Russia's recent economic recovery. BOFIT Policy Brief 16/2023.
- SIPRI (2026). Stockholm International Peace Research Institute Military expenditure database.

Grafik 1: Russlands Militärausgaben


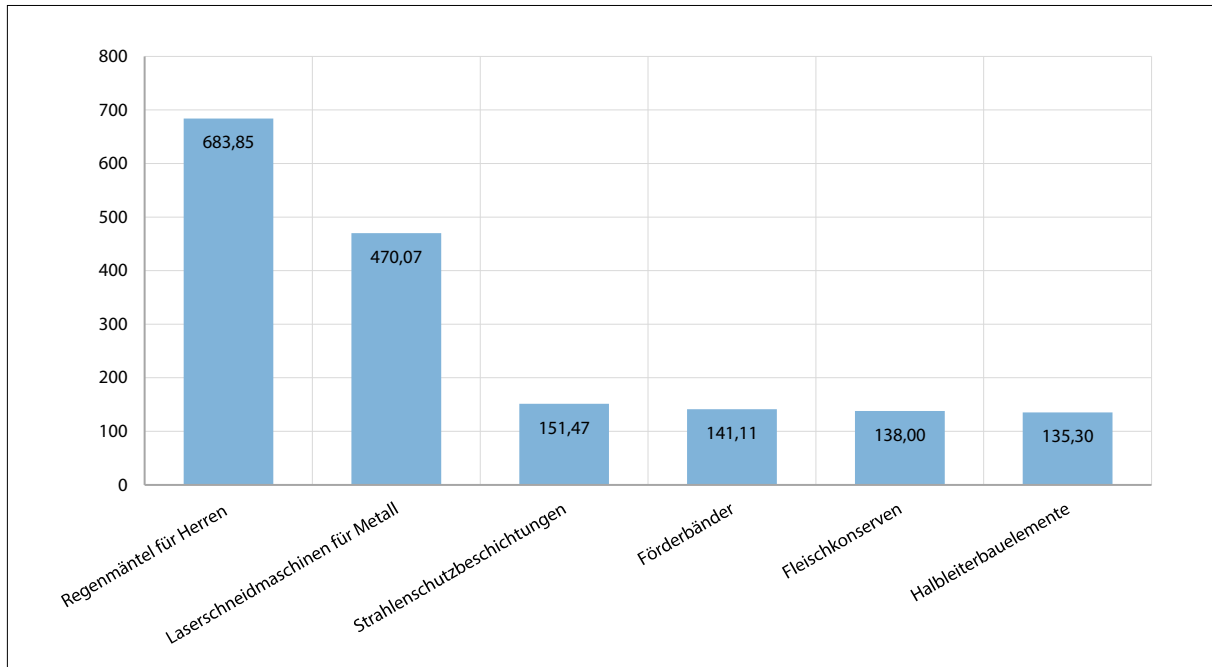
Quelle: SIPRI (2026). Stockholm International Peace Research Institute Military expenditure database.

Grafik 2: Russlands zweigleisige Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe
Volumenindex, 100 = Durchschnitt von 2019 (saisonbereinigter gleitender 3-Monats-Durchschnitt)


Anmerkung: Zu den kriegsbezogenen Branchen zählen die Herstellung von Metallprodukten, Computern und optischen Geräten sowie sonstigen Transportmitteln (außer Kraftfahrzeugen).

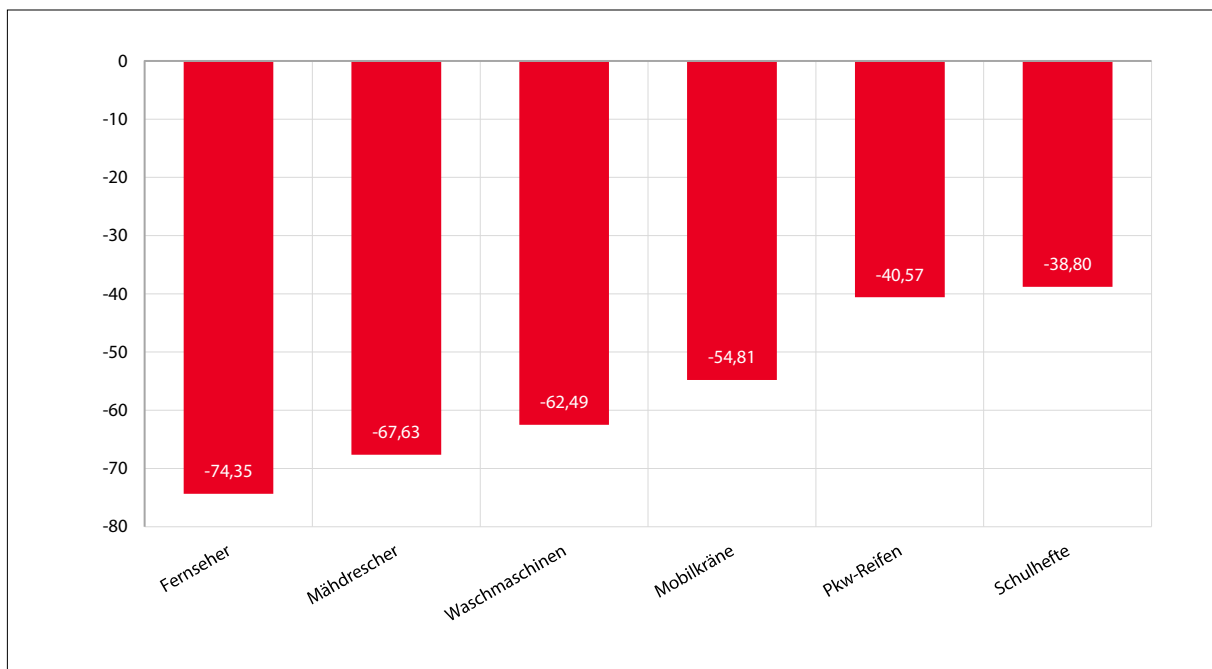
Quelle: Macrobond/Rosstat; BOFIT.

Grafik 3: Ausgewählte Waren mit deutlichem Anstieg der Produktionsmenge in Russland im Zeitraum 2021–2025 (Veränderung in %)



Quelle: Rosstat; Simola, H. (2026). Revisiting Russian war-time import substitution. BOFIT Policy Brief 4/2026.

Grafik 4: Ausgewählte Waren mit deutlichem Rückgang der Produktionsmenge in Russland im Zeitraum 2021–2025 (Veränderung in %)



Quelle: Rosstat; Simola, H. (2026). Revisiting Russian war-time import substitution. BOFIT Policy Brief 4/2026.

Tabelle 1: In die Analyse einbezogene Branchen des verarbeitenden Gewerbes entsprechend der OKWED2-Klassifikation (abgestimmt auf NACE2)

Manufacture of food products	Herstellung von Nahrungsmitteln
Manufacture of beverages	Herstellung von Getränken
Manufacture of tobacco products	Herstellung von Tabakwaren
Manufacture of textiles	Herstellung von Textilien
Manufacture of wearing apparel	Herstellung von Bekleidung
Manufacture of leather products	Herstellung von Lederwaren
Manufacture of wood products	Herstellung von Holzprodukten
Manufacture of paper and paper products	Herstellung von Papier und Papierprodukten
Printing and reproduction of recorded media	Druck und Vervielfältigung von bespielten Datenträgern
Manufacture of coke and petroleum products	Herstellung von Koks und Erdölprodukten
Manufacture of chemical products	Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Manufacture of pharmaceutical products	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
Manufacture of rubber and plastic products	Herstellung von Gummi- und Kunststoffserzeugnissen
Manufacture of non-metallic mineral products	Herstellung von nichtmetallischen Mineralerzeugnissen
Manufacture of basic metals	Herstellung von Grundmetallen
Manufacture of fabricated metal products	Herstellung von Metallwaren
Manufacture of computers & electronics	Herstellung von Computern und Elektronik
Manufacture of electrical equipment	Herstellung von elektrischen Geräten
Manufacture of machinery & mechanical equip.	Herstellung von Maschinen und mechanischen Geräten
Manufacture of motor vehicles	Herstellung von Kraftfahrzeugen
Manufacture of other transport equipment	Herstellung von sonstigen Transportmitteln
Manufacture of furniture	Herstellung von Möbeln
Other manufacturing	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe

Wie resilient sind die lokalen Haushalte in Russland?

Andrey Yushkov (Universität Illinois, Chicago)

DOI: 10.31205/RA.486.02

Zusammenfassung

Diese Analyse untersucht die fiskalische Resilienz der Lokalverwaltungen in Russland von 2021 bis 2025. Dieser Zeitraum war durch den Krieg gegen die Ukraine, Sanktionen und eine intensiviertere fiskalische Zentralisierung geprägt. Unter Rückgriff auf die jährlichen Daten des Föderalen Schatzamtes und des Finanzministeriums wird aufgezeigt, dass es den lokalen Haushalten bislang besser erging als denen auf regionaler oder nationaler Ebene: die Defizite der lokalen Haushalte sind gering, die Verschuldung dort vernachlässigbar und die eigenen Einnahmen sind inflationsbereinigt gestiegen, weil das Aufkommen an individueller Einkommensteuer in Regionen gestiegen ist, in denen die Rüstungsindustrie stark präsent ist oder viele Vertragssoldaten rekrutiert werden. Diese scheinbare Resilienz ist allerdings recht fragil. Die lokalen Haushalte sind von Transferzahlungen aus übergeordneten Haushalten abhängig, die über 60 Prozent ihrer Einnahmen ausmachen. Diese Zahlungen gehen jetzt inflationsbereinigt zurück, da die Defizite auf nationaler und regionaler Ebene zunehmen und gleichzeitig der Anteil zweckgebundener Subventionen wächst, was die lokale Haushaltsautonomie weiter erodieren lässt. Die Analyse kommt zu dem Schluss, dass im Falle eines fortgesetzten Krieges die bereits auf den oberen Ebenen erkennbare fiskalische Schwäche wohl auch die lokalen Haushalte erfassen dürfte.

Einleitung

Seit Jahren sind in Russland Zentralisierungstendenzen zu beobachten, was viele Politolog*innen und Wirtschaftswissenschaftler*innen sehr wohl bestätigen können. Praktisch alle Einnahmequellen der regionalen und lokalen Verwaltungen werden von der Zentralregierung über den Zentralhaushalt und Steuergesetze direkt kontrolliert, auch wenn einige der Einnahmen aus diesen Quellen zum Teil oder ganz den regionalen oder lokalen Haushalten zustehen. Die Einkommensteuer von Einzelpersonen oder die Körperschaftssteuer von Unternehmen sind traditionell die wichtigste Einnahmequelle für die regionalen Haushalte gewesen und haben in der Tat in den vergangenen Jahren einen drastischen Anstieg der Steuersätze erlebt, wobei sämtliche durch die erhöhten Steuersätze generierten Zusatzeinnahmen in den Zentralhaushalt fließen. So wurde der Satz der individuellen Einkommensteuer, der zwei Jahrzehnte lang stabil bei 13 Prozent gelegen hatte, progressiv und erreichte 2021 einen Spitzensatz von 15 Prozent. Anschließend wurden weitere Steuerklassen eingeführt, durch die sich 2025 ein Spitzensatz von 22 Prozent ergab. Die Körperschaftssteuer für Unternehmen stieg von 20 auf 25 Prozent im Jahr 2025, wobei der Basissatz, der den regionalen Haushalten zugutekommt, konstant bei 17 Prozent verharrte. Noch wichtiger ist, dass viele neue Ausgabenposten (unter anderem die für neue Leistungen an Veteranen des Krieges gegen die Ukraine) die Form von nicht refinanzierten Zahlungsverpflichtungen angenommen haben, ein scheinbar längst vergessenes Merkmal des fiskalischen Föderalismus in Russland (siehe: Martinez-Vazquez und Boex; in d. Lesetipps). Dadurch sind die

Regionen verpflichtet, eigene Ressourcen für die diversen Sozialprogramme aufzuwenden, ohne dass sie dafür angemessene Mittel aus dem Zentralhaushalt erhalten. In vielen Diskussionen zu diesen Zentralisierungstendenzen stehen eher die Regionen im Mittelpunkt der Analyse, während die Lokalverwaltungen oft übersehen werden. In einem jüngst erschienenen Artikel habe ich allerdings zusammen mit meinen Koautoren gezeigt, dass sich die fiskalische Rolle der Lokalverwaltungen praktisch zu der von Tochterstrukturen der Regionalverwaltungen gewandelt hat (siehe: Yushkov, Alexeev, Dedyukhin; in d. Lesetipps). Das ergibt sich aus dem Mangel an eigenen Einnahmen, aus der starken Abhängigkeit von Transferzahlungen aus den Regionalhaushalten, dem eingeschränkten oder fehlenden Zugang zu den Anleihemärkten sowie diversen strukturellen Merkmalen der Haushaltsbeziehungen zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen. Gleichwohl stellen die lokalen Haushalte ein wichtiges Element des fiskalischen Föderalismus dar, da sie am dichtesten an der Bevölkerung dran sind und diese mit einigen lebenswichtigen Leistungen versorgen.

Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf die fiskalische Resilienz auf lokaler Ebene in den Jahren 2021 bis 2025. Denjenigen Leser*innen, die sich für die gesamten 2010er Jahre interessieren, sei unser oben genannter Artikel empfohlen. Zur Struktur der lokalen Selbstverwaltung in Russland sei erklärt, dass es gegenwärtig mehrere Typen kommunaler Verwaltungseinheiten gibt:

- *städtischer Bezirk/Stadtkreis* (russ.: gorodskoj okrug – umfasst ein Territorium mit einer oder mehreren

Städten oder städtischen Siedlungen, relativ hoher Bevölkerungsdichte und mindestens zwei Dritteln städtischer Bevölkerung, vergleichbar mit einer kreisfreien Stadt),

- *kommunaler Bezirk* (russ.: munizipalnyj okrug – seit 2019: umfasst ein Territorium, das die Kriterien eines städtischen Bezirks wie Anteil der städtischen Bevölkerung oder Bevölkerungsdichte nicht oder nicht mehr erfüllt, vergleichbar mit einer Verbandsgemeinde),
- *kommunaler Rajon* (munizipalnyj rajon – in etwa: Landkreis; kann kreisfreie Städte umgeben),
- *städtische oder ländliche Siedlung / Stadt-/Landgemeinde* (gorodskoje posselenije / selskoje posselenije – umfassen Territorien mit mittleren bzw. kleineren Ortschaften, sie sind Teil eines kommunalen Rajons),
- *innerstädtische Bezirk* in großen Städten (wnutrigorodskoj rajon – in etwa: Stadtbezirk).

Auf die ersten drei Typen entfallen rund 95 Prozent der Einnahmen und Ausgaben der lokalen Haushalte. An dieser Stelle ist eine Anmerkung zur Umstrukturierung der Typen lokaler Selbstverwaltung erforderlich, die über die letzten Jahre hinweg in Russland erfolgte. Kommunalbezirke sind ein neuer Typ der lokalen Selbstverwaltung und werden seit 2020 zunehmend gebildet. In ihnen sollen mehrere kleinere Siedlungen (und im Weiteren sogar einige städtische Bezirke und benachbarte Gemeinden) zu einer einstufigen Verwaltungsstruktur zusammengefasst werden. 2020 hatte es nur 33 Kommunalbezirke gegeben, doch ist diese Zahl bis 2025 auf 528 gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der kommunalen Rajons, der städtischen Bezirke sowie der städtischen und ländlichen Gemeinden beträchtlich zurückgegangen, wodurch die Gesamtzahl der lokalen Verwaltungen von 20.846 im Jahr 2020 bis 2025 auf 17.051 sank. Somit hat dieser neue Typ zu einer Konsolidierung der lokalen Selbstverwaltung in Russland beigetragen.

Bevor wir uns der Analyse der fiskalischen Resilienz zuwenden, ist eine kurze Anmerkung zum gegenwärtigen Zustand der offiziellen russischen Daten angebracht. In den letzten Jahren haben Wissenschaftler*innen die Frage aufgeworfen, wie zuverlässig und stimmig die Daten in Russland sind (siehe z. B.: Libman und Whitmore; in d. Lesetipps). Einige Haushalts-, Wirtschafts- und soziodemografischen Statistiken sind eindeutig dem Blickfeld der Öffentlichkeit entzogen worden. Das gilt zum Beispiel für Statistiken zu Todesursachen und andere demografischen Daten, die zurückgehalten werden, um die Zahl der Kriegsoffer zu verschleiern. Auch die Struktur der Ausgaben des Zentralhaushalts fehlen, weil die Kosten für das russische Militär und die Geheimdienste verborgen werden sollen. Andere Daten werden heftig manipuliert, etwa die offiziellen Inflationsdaten. Die Angaben zu den regionalen und lokalen Haushalten hingegen (wie auch

die zu den Einnahmen des Zentralhaushalts) scheinen weiterhin stimmig und im Allgemeinen vertrauenswürdig zu sein. Sie ermöglichen es, die Entwicklungen nahezu in Echtzeit zu verfolgen (die monatlichen Haushaltsdaten sind mit einer nur ein- oder zweimonatigen Verzögerung über den Internetauftritt des Föderalen Schatzamts – Roskasna – zugänglich). Daher werden in dieser Analyse nur diese rohen Daten des Finanzministeriums und des Föderalen Schatzamtes verwendet.

Die tatsächliche Lage lokaler Haushalte im Kontext des Zentralhaushalts

Mit Stand von 2025 betrugen die Einnahmen der lokalen Haushalte aller Typen von Verwaltungseinheiten insgesamt 8,5 Billionen Rubel (ca. 93,3 Mrd. Euro), während die Ausgaben bei 8,6 Billionen Rubel lagen (ca. 94,5 Mrd. Euro). Das ergibt zusammen ein Defizit von 61 Milliarden Rubel (ca. 670 Mio. Euro). Die lokalen Ausgaben machen 32 Prozent der konsolidierten regionalen Haushaltsausgaben aus und 10 Prozent der Gesamtausgaben der konsolidierten Haushalte Russlands von 83,8 Billionen Rubel (ca. 920 Mrd. Euro). Auf städtische Bezirke und kommunale Rajon entfallen 66 Prozent der lokalen Gesamtausgaben, was darauf hindeutet, dass die meisten dieser Ausgaben in oder im Bereich größerer Städte anfallen. Grafik 1 auf S. 12 illustriert die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben auf allen Verwaltungsebenen (Zentralhaushalt, konsolidierte regionale Haushalte, lokale Haushalte) im Zeitraum von 2021 bis 2025. Grafik 2 auf S. 13 zeigt, wie sich im gleichen Zeitraum die Defizite entwickelten. Eine Reihe von Tendenzen ist bemerkenswert. Zum einen trägt der Zentralhaushalt die Hauptlast der Kosten für den laufenden Krieg. Er weist seit 2022 ein Defizit auf, das im vergangenen Jahr rapide angewachsen ist und 2025 bei 5,6 Billionen Rubel (ca. 61,5 Mrd. Euro) lag; mit Stand vom 1. August 2026 war das Defizit im Zentralhaushalt sogar noch größer und belief sich auf 6,4 Billionen Rubel (ca. 71,2 Milliarden Euro), was vor allem auf einen unkontrollierten Anstieg der Militärausgaben zurückzuführen ist. Die unteren Verwaltungsebenen sind anscheinend resilienter, da sie nicht direkt für Ausgaben für das Militär und den Sicherheitsapparat zuständig sind. Allerdings sind auch sie von dem negativen Trend betroffen. Die konsolidierten regionalen Haushalte (die die Regionen und die jeweils in ihnen befindlichen lokalen Verwaltungseinheiten umfassen) sind seit 2023 defizitär; das Defizit belief sich 2025 auf 1,5 Billionen Rubel (ca. 16,4 Mrd. Euro), während die lokalen Haushalte, die seit 2018 ausgeglichen waren, das Jahr 2025 mit einem Defizit von 61 Milliarden Rubel (ca. 670 Mio. Euro) abschlossen, was überwiegend auf die Defizite in städtischen und kommunalen Bezirken zurückzuführen ist.

Sollen Beobachter*innen nun also zu dem Schluss kommen, dass die fiskalischen Schwierigkeiten vor allem auf den oberen Ebenen angesiedelt sind, während die lokalen Haushalte von den negativen Auswirkungen der Politik der Zentralregierung praktisch unberührt bleiben? Nicht wirklich. Das Problem ist, dass die lokalen Haushalte in hohem Maße von Transferzahlungen aus anderen Verwaltungsebenen abhängig sind, meist aus den Regionalhaushalten. Wenn die Defizite im Zentralhaushalt und in den Regionalhaushalten zunehmen, ergibt sich für die Lokalverwaltungen, dass sich die Fähigkeit der oberen Verwaltungsebenen, die unteren Ebenen zu unterstützen, beträchtlich verringert. In der Tat haben die Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt an die Regionen seit 2021 inflationsbereinigt abgenommen. Der Anteil dieser Zahlungen an den regionalen Einnahmen sank von 21 Prozent 2021 auf 15 Prozent im Jahr 2025. Die gleiche Tendenz scheint sich bei den Fiskalbeziehungen zwischen regionalen und lokalen Haushalten zu ergeben: Aus Grafik 3 auf S. 13 geht hervor, dass die Transferzahlungen an die lokalen Haushalte 2022–2024 nahezu stabil waren und ab 2025 dann zurückgingen. Der Anteil der Transferzahlungen an den lokalen Einnahmen sank von 66 Prozent 2021 auf 62 Prozent 2025. Es besteht also das Risiko, dass die oberen Ebenen ihre finanzielle Unterstützung für die unteren Ebenen weiter zurückfahren werden und sich dann der Druck auf die Haushalte der Lokalverwaltungen unweigerlich sehr viel schneller akkumuliert.

Transfers und zusätzliche Einnahmen

Zusätzlich zu dem geringeren Niveau der finanziellen Unterstützung für die Lokalverwaltungen, beeinflusst auch die Struktur der Transferzahlungen, welche Beschlüsse die Lokalverwaltungen noch fassen können. Während nicht konditionierte Transferzahlungen, die für alle möglichen Zwecke verwendet werden können, 2021 ganze 16,3 Prozent der Transferzahlungen ausmachten, betrug dieser Anteil 2025 nur noch 14,6 Prozent. Zur gleichen Zeit bewegten sich die zweckgebundenen Subventionen, die an Lokalverwaltungen überwiesen werden, also Mittel, über die die Lokalverwaltungen nicht selbst bestimmen können, in den Jahren 2022–2023 im Bereich von 43 Prozent der Transferzahlungen; danach gab es bis 2025 einen starken Anstieg auf 50 Prozent. Also sind die Lokalverwaltungen fiskalisch nicht nur stärker unter Druck geraten; auch die Unabhängigkeit ihrer Haushalte erodiert weiter.

Eine der für die Lokalverwaltungen relativ positiven Entwicklungen besteht darin, dass die Einnahmen aus eigenen Quellen inflationsbereinigt steigen, und zwar aufgrund eines höheren Aufkommens an individueller Einkommensteuer. Je nach Typ der Verwaltungseinheit und der Region erhalten die Lokalverwal-

tungen einen beträchtlichen Anteil der Einnahmen aus der individuellen Einkommensteuer. In den meisten Fällen sind es rund 15–20 Prozent des entsprechenden Aufkommens in der Region. Dieser Anstieg lässt sich wohl durch höhere Einkommen in jenen Regionen erklären, in denen die Rüstungsindustrie recht präsent ist, wie auch in Regionen, in denen relativ viele als Vertragssoldaten für den Krieg gegen die Ukraine rekrutiert wurden. Letzterer Effekt ist allerdings wohl eher indirekt, da die Zahlungen an Vertragssoldat*innen und deren Familien weitgehend nicht der Einkommensteuer unterliegen. Allerdings stehen Unternehmen in diesen Regionen mit der Armee in einem Wettbewerb um Arbeitskräfte und bieten daher wohl höhere Gehälter. Dieser Trend zu höheren Einnahmen aus eigenen Quellen ist auf lokaler Ebene stärker ausgeprägt als auf regionaler, da die Regionen ungefähr zu gleichen Teilen von der Körperschaftssteuer von Unternehmen und der individuellen Einkommensteuer abhängig sind und das Steueraufkommen von Unternehmen 2024 und 2025 zurückgegangen ist. Demgegenüber stützen sich die Lokalverwaltungen auf die individuelle Einkommensteuer und einige Arten der Vermögensbesteuerung. Es ist dennoch unklar, wie sich das Aufkommen an individueller Einkommensteuer langfristig entwickeln wird, insbesondere dann, wenn die Militärausgaben zurückgefahren, die Wirtschaftssanktionen nicht vollständig aufgehoben werden und viele Industriesektoren weiterhin kaum profitabel bleiben sollten.

Gefährdete Resilienz

Ein weiterer für die Lokalverwaltungen in Russland positiver Umstand besteht darin, dass die Verschuldung gering bleibt, sowohl im Vergleich zu der rapide steigenden Verschuldung des Zentralhaushalts und der Regionalhaushalte wie auch im internationalen Vergleich. Dies kann jetzt aber für die Lokalverwaltungen in Russland immerhin auch als Risikofaktor betrachtet werden. Mit Stand vom 1. August 2026 betrug die Verschuldung der lokalen Haushalte 373 Milliarden Rubel (ca. 4,1 Mrd. Euro) bzw. rund fünf Prozent der vorjährigen Gesamteinnahmen auf lokaler Ebene (man vergleiche das mit der Verschuldung auf zentralstaatlicher Ebene von 33,1 Billionen Rubel (ca. 368 Milliarden Euro) bzw. 89 Prozent der föderalen Einnahmen, sowie mit der regionalen Verschuldung von 3,3 Billionen Rubel – ca. 36,7 Milliarden Euro – bzw. 15 Prozent der regionalen Einnahmen). Selbst wenn die Defizite auf lokaler Ebene in den kommenden Jahren anhalten sollten, dürfte sich dieses Bild kaum einschneidend ändern.

Letztlich hat sich Russlands Fiskalsystem – entgegen allen Erwartungen angesichts des kostspieligen Krieges, der heftigen Wirtschaftssanktionen und der zahlreich unterbrochenen Lieferketten – insgesamt als recht resi-

lient erwiesen. Innerhalb des Systems sind die lokalen Haushalte relativ glimpflich davongekommen. Deren Resilienz bleibt hoch und ist eindeutig höher als die der Haushalte auf nationaler oder regionaler Ebene. Dennoch besteht eine Reihe größerer Risiken, von denen einige bereits konkret geworden sind. Die Haushaltsdefizite steigen auf allen Verwaltungsebenen und die Kettenreaktion schrumpfender Transferzahlungen zur Unter-

stützung der Haushalte auf unterer Ebene hat bereits die lokalen Haushalte erreicht, die stark von Zahlungen aus den regionalen Haushalten abhängig sind. Falls der Krieg andauert, könnten dadurch auch jene vielen lokalen Haushalte beeinträchtigt werden, die bisher praktisch nicht betroffen sind.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Anmerkung: Daten zur jährlichen Anzahl und Struktur der lokalen Verwaltungseinheiten können bei der nationalen Statistikbehörde Rosstat online auf der Webseite unter »storage« und »mediabank« eingesehen werden.

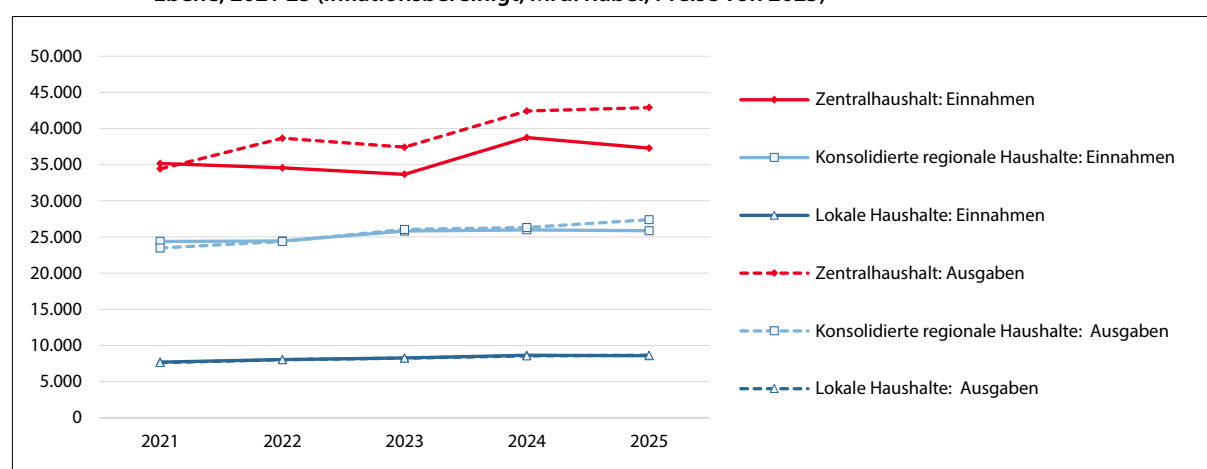
Über den Autor

Andrey Yushkov ist Assistant Professor für Öffentliche Finanzen an der Universität Illinois in Chicago. Er wurde im Fach Public Affairs an der Universität Indiana promoviert und erlangte einen Mastertitel in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bonn. Zuvor hat er am Leontief Centre in St. Petersburg geforscht, war leitender Politik-Analytiker bei der Tax Foundation in Washington, DC, und hat an mehreren internationalen Entwicklungsprojekten mitgewirkt, die von der Weltbank und verschiedenen europäischen Institutionen gefördert wurden.

Lesetipps

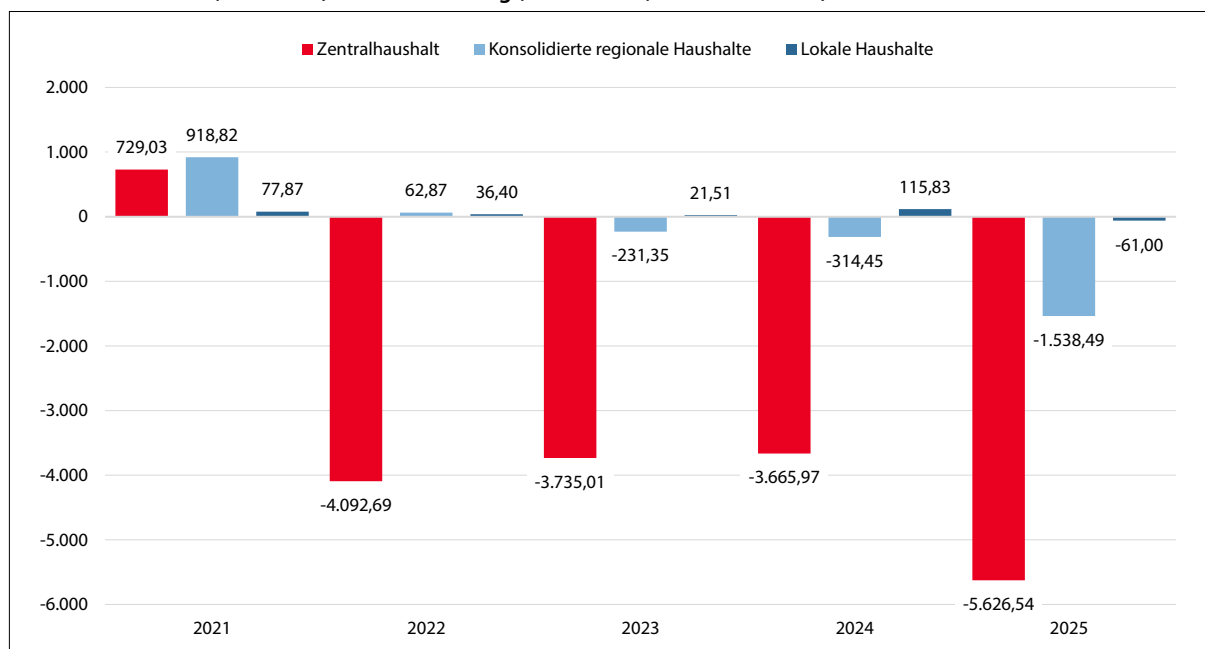
- Gorodnichenko, Y.; I. Korhonen, E. Ribakova: War-Induced Economic Convergence in Russian Regions. [=Peterson Institute for International Economics: Working Paper Nr. 25-21], Dezember 2025; <https://www.piie.com/publications/working-papers/2025/war-induced-economic-convergence-russian-regions>.
- Libman, A.; G. Whitmore: How (Not) to Hide Your Data: Availability of Quantitative Datasets from Russia and Implications for Russian Studies, in: Communist and Post-Communist Studies, 59.2026, Nr. 3, S. 65–86.
- Martinez-Vazquez, J.; J. Boex: Russia's Transition to a New Federalism. World Bank Institute, WBI Learning Resources Series, Februar 2001; <https://openknowledge.worldbank.org/server/api/core/bitstreams/463fc31e-231f-5be8-abd9-32b917912207/content>.
- Yushkov, A.; M. Alexeev, I. Dedyukhin: Local Fiscal Health in Russia: An Achilles' Heel of Fiscal Federalism? In: International Journal of Public Administration, 49.2026, Nr. 4, S. 243–257, März 2026.
- Yushkov, A.; M. Alexeev: Russian Regions in Wartime: Fiscal and Economic Effects of the Russo-Ukrainian War. In: Post-Soviet Affairs, 40.2024, Nr. 4, S. 313–325, Juli 2024.

Grafik 1: Einnahmen und Ausgaben der Haushalte in Russland auf zentralstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene, 2021-25 (inflationsbereinigt; Mrd. Rubel, Preise von 2025)



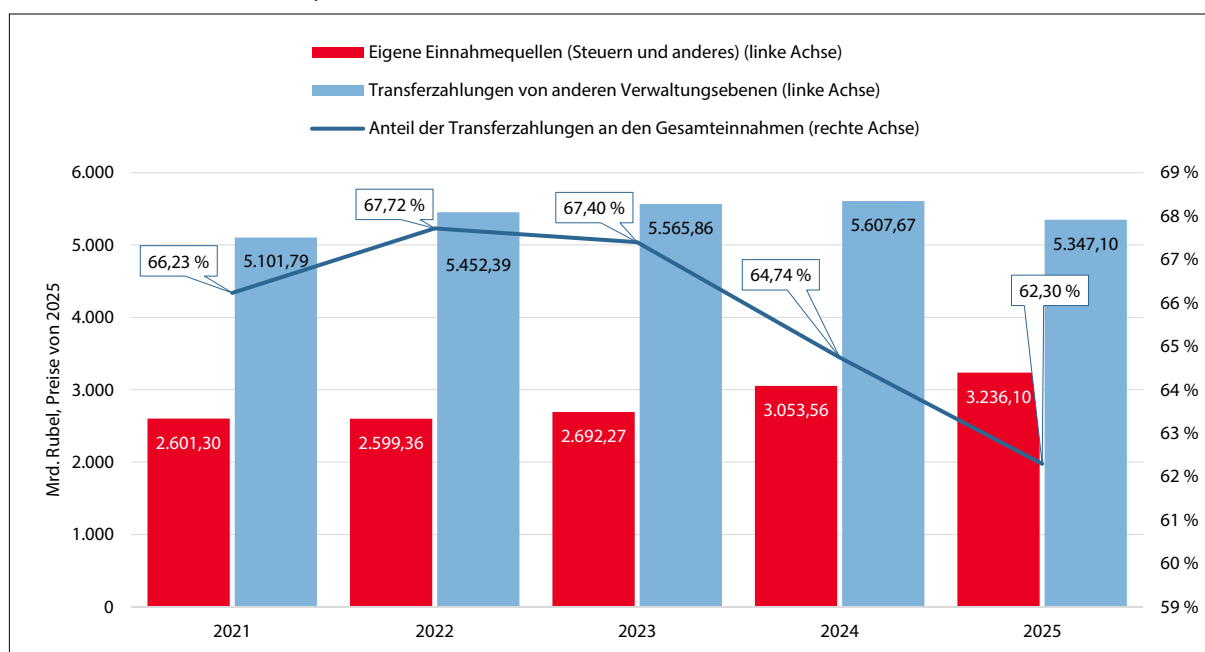
Quelle: Föderales Schatzamt (Roskazna): Konsolidierte Haushalte der Subjekte der Russischen Föderation (RF) und der Haushalte territorialer staatlicher außerbudgetärer Fonds [russ.], <https://roskazna.gov.ru/ispolnenie-byudzheto/konsolidirovannye-byudzhety-subektov-rossijskoj-federacii> (Dieser Link wird von Browsern nicht als sicher eingestuft. Er dient hier nur als Dokumentation der Quelle), 2026; Finanzministerium der RF: Kurzinformation über die Ausführung des nationalen Haushalts [russ.], <https://minfin.gov.ru/ru/statistics/fedbud/execute/>, 2026; Finanzministerium der RF: Kurzinformation über die Ausführung des konsolidierten Haushalts der Russischen Föderation [russ.], <https://minfin.gov.ru/ru/statistics/conbud/execute/>, 2026.

Grafik 2: Überschüsse und Defizite der Haushalte in Russland auf zentralstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene, 2021–25 (inflationsbereinigt; Mrd. Rubel, Preise von 2025)



Quelle: Föderales Schatzamt (Roskazna): Konsolidierte Haushalte der Subjekte der Russischen Föderation (RF) und der Haushalte territorialer staatlicher außerbudgetärer Fonds [russ.], <https://roskazna.gov.ru/ispolnenie-byudzheto/konsolidirovannye-byudzhety-subektov-rossijskoj-federacii> (Dieser Link wird von Browsern nicht als sicher eingestuft. Er dient hier nur als Dokumentation der Quelle), 2026; Finanzministerium der RF: Kurzinformation über die Ausführung des nationalen Haushaltes [russ.], <https://minfin.gov.ru/ru/statistics/fedbud/execute/>, 2026; Finanzministerium der RF: Kurzinformation über die Ausführung des konsolidierten Haushalts der Russischen Föderation [russ.], <https://minfin.gov.ru/ru/statistics/conbud/execute/>, 2026.

Grafik 3: Struktur der lokalen Haushaltseinnahmen in Russland, 2021-2025 (inflationsbereinigt; Mrd. Rubel, Preise von 2025)



Quelle: Föderales Schatzamt (Roskazna): Konsolidierte Haushalte der Subjekte der Russischen Föderation (RF) und der Haushalte territorialer staatlicher außerbudgetärer Fonds [russ.], <https://roskazna.gov.ru/ispolnenie-byudzheto/konsolidirovannye-byudzhety-subektov-rossijskoj-federacii> (Dieser Link wird von Browsern nicht als sicher eingestuft. Er dient hier nur als Dokumentation der Quelle), 2026.

KOMMENTAR

»Unerwünscht«

Susanne Schattenberg (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Am 14. August erteilte auch die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (FSO) das Verdikt der russischen Justiz, in Russland »unerwünscht« zu sein. Hatten wir eigentlich seit Langem damit gerechnet, kam es letztlich doch überraschend, sind wir als Zweigstelle der DGO doch bereits seit 2024 »extremistisch«.

Jeden Freitag aktualisiert die russische Justiz ihre Liste der Aussätzigen und die FSO ist bei weitem nicht die erste Forschungseinrichtung, die es trifft. So zwangsläufig wie dieses Urteil zu sein scheint, so viele Fragen wirft es auf, angefangen mit der sehr simplen, warum wir in Russland unerwünscht sind, wenn dort weder je unser Hauptsitz noch eine Filiale war und seit dem Vollangriff auf die Ukraine auch niemand mehr dahin reisen will. Es stellt sich weiter die Frage nach den Konsequenzen für uns sowie nach der Logik und den Zielen des Kremls.

Die Konsequenzen sind am einfachsten zu benennen, weil sie vorerst von uns selbst abhängen. Kolleg*innen mit russischem Pass haben sich von der Homepage nehmen lassen, um sich zu schützen. Das ist aber schon die sichtbarste und klarste Konsequenz. Wie so oft und vom Kreml absolut beabsichtigt, ist unklar, was passieren würde, sollte jemand mit FSO-Anbindung in Russland einreisen.

Dann müssen wir alle vor uns »warnen«. Der Kontakt oder die Verbindung zu uns, ein Repost oder ein Zitat kann zu – ja, was eigentlich? – führen. »Selbstbrandmarkung« heißt das wohl. Da wir nicht, wie es in Russland beim Status »Ausländischer Agent« vorgeschrieben wäre, auf unserer Website bildschirmfüllend »UNERWÜNSCHT« schreiben wollen, muss jede*r individuell kontaktiert werden. Wir haben das bereits 2024 anlässlich des Status »extremistisch« getan, der uns als DGO-Filiale anhaftet. Doch die konkreteste Konsequenz, mit der wir rechnen, ist ein Hacker-Angriff, mit dem erst die DGO und dann das ZOiS attackiert wurden, nachdem die russische Justiz sie zu »Extremisten« erklärt hatte. Also muss in Punkten Cyber-Sicherheit aufgerüstet werden.

Zweitens stellt sich die Frage des Anlasses: War es Systematik und die FSO einfach »gerade an der Reihe« oder gab es einen aktuellen Anlass, dass wir dem Kreml »negativ aufgefallen« sind? Es ist das reinste Stochern im Nebel und niemand scheint hier Genaueres zu wissen. Der Anwalt, der uns berät, glaubt, dass alle auf die Liste geraten, die a) russischen Staatsbürger*innen das Studium im Ausland ermöglicht haben und / oder b) im Internet durch laute Russlandkritik auffallen. So gesehen ist die Listung tatsächlich eine »Auszeichnung« für

gute Arbeit. Doch welche Stabsstelle wo – im Justizministerium, im Kreml, beim FSB, bei ROSKOMNADZOR? – ist für die »Auswahl der Aussätzigen« zuständig und nach welchen Vorgaben oder Parametern geht er – vielleicht auch sie? – vor? Ist es so, dass erst alle Institutionen, die in Russland aktiv waren oder sich auf Russland spezialisiert haben, auf der Liste landen und dann alle anderen, als nächstes ganze Universitäten, wie die DGO befürchtet? Aber warum sind dann in den USA längst ganze Universitäten wie Yale unerwünscht, in Deutschland aber noch nicht?

Schließlich stellt sich die Frage nach den Zielen, die die Kreml-Strategen damit verfolgen. Geht es darum, alle russlandkritischen Stimmen, die den Krieg Krieg und Putin einen Kriegsverbrecher nennen, mundtot zu machen? Aber das hat bislang nicht funktioniert. Dass »Unerwünschte« oder »Extremisten« ihre Forschung oder Analysearbeit eingestellt oder nur eingeschränkt hätten, scheint bislang auch nicht der Fall zu sein. Geht es also eher darum, die eigenen Landsleute im Ausland unter Druck zu setzen, sich zwischen ihrer alten und neuen Heimat zu entscheiden und ggf. nach Russland zurückzukehren? Sie trifft es in der Tat am härtesten, aber bislang scheint niemand deshalb gekündigt geschweige denn die Heimreise nach Russland angetreten zu haben. Wie ein Kollege schon 2024 angesichts des Status »extremistisch« der DGO sagte, er hätte gern selbst entschieden, »wann er die Tür [nach Russland] hinter sich zuwirft«, aber dass sich die Tür früher oder später schließen würde, war wohl allen hier klar.

Sicher geht es dem Kreml wie immer auch darum, Angst und Verunsicherung zu schüren, und das gelingt zweifellos. Es scheint aber auch darum zu gehen, die Wissenschaft zu splitten und wieder in zwei Welten zu teilen: die freie, ohne Maulkorb hier, die putinistische dort. Denn in letzter Konsequenz heißt unsere Listung, dass unsere Forschungsarbeiten und auch unsere Russland- und all die anderen Länder-Analysen nicht mehr zitiert oder repostet werden dürfen, dass man nicht mehr zusammen publizieren darf, »unerwünschte« Autor*innen nicht mehr in russischen Zeitschriften oder Sammelbänden veröffentlichen, vor allem aber die russischen Kolleg*innen auf dieses Wissen nicht mehr zugreifen dürfen. Tatsächlich meldete sich gleich die erste Archivnutzerin, die unsere Dokumente entweder nicht mehr korrekt unter Angabe unserer Institution oder gar nicht mehr zitieren möchte.

Hier wird willentlich auseinandergerissen, was über mehr als drei Jahrzehnte zusammengewachsen ist: eine

gemeinsame Wissenschaftswelt, eine Diskurseinheit, gleiche Quellen, gleiche Daten, gleiche Standards. Es scheint, als sollten alle akademischen Verbindungen und Netzwerke endgültig gekappt werden, damit der Kreml wieder volle Diskurshoheit hat und wieder der einzige Hüter der Wahrheit ist. Er schafft sich selbst

seine »fünfte Kolonne«, bestehend aus »ausländischen Agenten«, »Unerwünschten« und »Extremisten«, um mit ihr »Stalins Spiele« zu spielen: Die einen einschüchtern, die anderen abschrecken und die Feindpropaganda nach innen und außen darauf aufbauen. Willkommen im Kalten Krieg 2.0.

Über die Autorin

Prof. Dr. *Susanne Schattenberg* ist Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa und lehrt Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die russische Diplomatiegeschichte im 19./20. Jh. und die späte Sowjetzeit. 2017 erschien ihre Breschnew-Biographie bei Böhlau, 2022 eine Gesamtdarstellung der Sowjetunion bei C.H. Beck Wissen. 2027 folgt ebenfalls bei C.H. Beck »Natalja Gorbanevskaja. Für eure und unsere Freiheit. Eine Biographie.«

DOKUMENTATION

Reaktionen auf den versuchten Drohnenanschlag auf den Flughafen Leipzig/Halle und die Zuweisung der Verantwortung an Russland

Am 04.08.2026 wird am Flughafen Leipzig/Halle eine mit Sprengstoff gefüllte Drohne neben einem ukrainischen Frachtflugzeug gefunden. Im Folgenden sind die Reaktionen ausgewählter politischer Vertreter auf den Vorfall und auf die Zuweisung der Verantwortung dafür an Russland abgebildet. Die strafrechtlichen Ermittlungen gegen unmittelbar verdächtige Personen laufen. Die politische Zuschreibung des hybriden Angriffs konnte aufgrund der von Innenminister Alexander Dobrindt dargelegten Erkenntnisse erfolgen.

Inoffizielle Übersetzungen aus dem Russischen und Englischen durch die Redaktion der Russland-Analysen

Innenminister Alexander Dobrindt, 01.09.2026

»Unsere Sicherheitsbehörden beobachten seit längerem eine hohe Gefährdung durch hybride Aktionen in Deutschland und dem europäischen Umfeld. Diese Aktionen richten sich gegen kritische Infrastruktur, gegen Rüstungsunternehmen und gegen Unterstützungsleistungen für die Ukraine. Erkenntnisse unserer Dienste und Partnerdienste deuten hierbei [...] klar auf eine russische Involvierung [...] Diese hybriden Aktionen folgen immer wiederkehrenden Mustern. In diesen Mustern finden sich vergleichbare Ziele, ebenso vergleichbare Tatmittel sowie vergleichbare Vorgehensweisen und Täterprofile. Es geht dabei immer wieder um Ausspähung, Sabotage, Spionage, Desinformation und die Vorbereitung von Anschlägen.

[...] zum versuchten Anschlag am Flughafen Leipzig vom 4. August liegen uns folgende Erkenntnisse vor: Es wurden Tatmittel wie die Drohnenkonfiguration, diverse Bauteile, Sprengstoff und Zündtechnik verwendet, die aus anderen hybriden Operationen Russlands und dessen Krieg gegen die Ukraine uns bekannt ist. Die vor Ort festgestellte Technik und das Zusammenspiel der einzelnen Elemente muss als professionell bezeichnet werden und lässt ein hohes Maß an technischer Expertise und erheblichen organisatorischen Aufwand bei der Tatplanung und der Tatdurchführung erkennen. Die abschließende Ausführung des versuchten Anschlags ist dem Bereich von Low-Level-Agenten zuzuordnen. Die Gesamtbetrachtung des versuchten Anschlags vom 4. August am Flughafen Leipzig fügt sich in das bekannte Muster russischer Hybrid Operationen in Europa ein. Erkenntnisse aus dienstlichen Aufkommen belegen dieses Ergebnis. Diese Erkenntnisse weisen auf beteiligte Personen hin, die im Auftrag russischer staatlicher Stellen gehandelt haben. Zusammen betrachtet, belegen, polizeiliche Ermittlungen, Tatmuster und nachrichtendienstliche Erkenntnisse eine russische Verantwortung für den versuchten Anschlag am Flughafen Leipzig. [...]

Wir betrachten Leipzig nicht als ein einziges Ereignis [...] Die Bundesregierung beantwortet diesen hybriden Angriff von Leipzig verhältnismäßig und besonnen [...]

zitiert nach Mitschnitt aus »Pressekonferenz von Innenminister Dobrindt und Außenminister Wadephul zum Drohnen-vorfall am Flughafen Leipzig/Halle«, Tagesschau, 01.09.2026, <https://www.tagesschau.de/video/video-1641002.html>.

Außenminister Johann Wadephul, 01.09.2026

»[...] mit dem Anschlagversuch in Leipzig hat die russische Führung sich vielmehr bewusst entschlossen, unser bereits massiv belastetes bilaterales Verhältnis nochmals erheblich zu beschädigen. [...] Die Bundesregierung geht deshalb gegen Russland als Urheber des hybriden Angriffs von Leipzig vor. Sie erschwert so, weitere hybride Maßnahmen in Deutschland und Europa durchzuführen. [...] Folgende Maßnahmen habe ich in Absprache mit dem Bundeskanzler angeordnet. Das Russische Generalkonsulat in Bonn wird zum 18. September geschlossen. Der Vertrag über das Russische Haus in Berlin wird gekündigt. Wir werden in der europäischen Union neue Listungen von Personen aus Russland im Kontext hybrid Angriffe vorschlagen. Wir verschärfen die Einreisekontrollen für russische Staatsangehörige. Wir erhöhen den Druck auf die russische Schattenflotte. [...] Und wir werden unsere Solidarität mit der Ukraine in ihrem Verteidigungskampf gegen Russlands Aggressionskampf entschlossen fortführen.«

zitiert nach Mitschnitt aus »Pressekonferenz von Innenminister Dobrindt und Außenminister Wadephul zum Drohnen-vorfall am Flughafen Leipzig/Halle«, Tagesschau, 01.09.2026, <https://www.tagesschau.de/video/video-1641002.html>

Dmitrij Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, 01.09.2026

»Es fällt mir schwer, dazu Stellung zu nehmen, denn wenn derart schwerwiegende Vorwürfe erhoben werden, müssen sie durch irgendetwas untermauert werden. Wenn ich mich nicht irre, wurden keine Argumente vorgebracht. Dass Deutschland den Weg der weiteren Eskalation einschlägt, ist offensichtlich«

zitiert bei »Peskow sawajil, tschto obwinenija proti RF is-sa BPLA w Leipzige nitschem ne podkrepleny«, Interfax, 01.09.2026, <https://www.interfax.ru/russia/1112527>

Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, 01.09.2026

»Ich denke, dass dies in erster Linie mit der innenpolitischen Lage zusammenhängt. Die Lage des Kanzlers ist innenpolitisch schwierig, er genießt kein Vertrauen bei seinen Bürgern, und es ist verständlich, warum – weil er die nationalen Interessen nicht verteidigt, sondern mit ihnen handelt; es gibt offensichtliche Fehleinschätzungen in der Wirtschaft: Unternehmen schließen, Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze, der Lebensstandard sinkt. Es ist unverständlich, warum all das getan wird. Es lässt sich nur mit einer einzigen Begründung erklären – dass man sich gegen ein »aggressives Russland« zur Wehr setzen müsse. Aber wo sind die Beweise? Nun, da wurden eben Beweise untergeschoben. [...]

Na gut. Aber nun muss man die Gründe für dieses Verhalten generell erklären. Angesichts sinkender Umfragerwerte und bevorstehender Wahlkämpfe, unter anderem beispielsweise in Sachsen, stellt sich natürlich die Frage nach der politischen Zukunft der deutschen Führungsspitze. [...]

»Otwety na woprosy SMI. Sawerschaja rabotschij wisit w Kirgiziju, Wladimir Putin otwetil na woprosy predstavitelej rossijskich SMI«, President Rssii, 01.09.2026, <http://kremlin.ru/events/president/news/80665>

Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, 02.09.2026

»Dies war ein Angriff unter Einsatz von militärischem Material, der von russischen Agenten auf EU-Boden verübt wurde. Und das werden wir nicht dulden. Wir stehen in voller Solidarität mit Deutschland. Und falls die Absicht war, dass wir unsere Unterstützung für die Ukraine noch einmal überdenken, kann ich Ihnen sagen: [...] Wir lassen uns nicht einschüchtern. [...] Europa und die NATO werden den Druck auf Russland [...] erhöhen.

Der Vorfall in Leipzig bedeutet eine neue Eskalation [...] Doch er ist Teil eines breiteren Musters zunehmend gefährlicher Vorfälle. Wiederholtes Eindringen in unseren Luftraum. Drohnen, die unsere Flughäfen lahmlegen. Eingriffe in unsere kritische Infrastruktur.«

»Erklärung von Präsidentin von der Leyen mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte«, Europäische Kommission, 02.09.2026, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_26_1790

Kaja Kallas, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie Vizepräsidentin der Europäischen Kommission

»Die Anschläge in Leipzig weisen alle Merkmale eines staatlich geförderten Terrorismus auf. Wir werden entschlossen darauf reagieren. 1.600 Einträge zum russischen Militärkomplex sind bereits in Vorbereitung, und wir sind bereit, weitere hinzuzufügen. Wir haben zudem den russischen Vertreter bei der EU einbestellt, ebenso [wie] es viele Mitgliedstaaten [tun].«

Anm. d. Red.: Kaja Kallas erwähnt in ihrem Post 1.600 Einträge und bezieht sich dabei auf neue Einträge zur EU-Sanktionsliste (Konsolidierte Liste der Personen, Gruppen und Organisationen, gegen die Finanzsanktionen der EU verhängt wurden)

Kaja Kallas via X, 02.09.2026, <https://x.com/kajakallas/status/2095054697321148473>

Bundeskanzler Friedrich Merz, 05.09.2026

»Die Zuordnung ist sehr klar, unbestreitbar, auch gerichtsfest.«

zitiert in »Klar, unbestreitbar, gerichtsfest«: Merz bekräftigt Russlands Verantwortung für den Anschlag von Leipzig«, *Tagespiegel*, 05.09.2026, <https://www.tagesspiegel.de/politik/klar-unbestreitbar-gerichtsfest-merz-bekraftigt-russlands-verantwortung-fur-den-anschlag-von-leipzig-16021435.html>.

Sergej Lawrow, Außenminister der Russischen Föderation, 06.09.2026

»Leipzig, Flughafen [...] Dort wurde irgendeine Drohne gefunden. Man sagte, es sei eine russische Drohne, niemand hat sich die Mühe gemacht, der Sache auf den Grund zu gehen. Das war im Grunde genommen der Beginn eines echten Krieges [...]

Das Generalkonsulat wurde aus Bonn ausgewiesen, man erklärte, man habe das Abkommen gekündigt. Das Russische Haus in Berlin wird geschlossen. Ich erinnere mich, dass vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, des Großen Vaterländischen Krieges, die Deutschen ebenfalls ihre diplomatischen Vertretungen geschlossen haben.«

zitiert bei »Lawrow naswal natschalom nastojaschtschej wojny sawawlenija Sapada o swjasi RF s inzidentom w Lejptzige«, *Interfax*, 06.09.2026, <https://www.interfax.ru/russia/1113479>

Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, 09.09.2026

»Wir betrachten diesen erneuten Ausbruch antirussischer Hysterie in Europa als ein im Voraus geplantes Eskalationsmanöver, das von der durch gegenseitige Verbindlichkeiten verflochtenen Führung der EU und der NATO sanktioniert wurde und nichts mit einer objektiven Untersuchung zu tun hat. Es ist offensichtlich, dass das Ziel und die Aufgabe solcher Maßnahmen darin bestehen, in der europäischen Gesellschaft ein hohes Maß an Russophobie aufrechtzuerhalten, das die groben politischen und wirtschaftlichen Fehlkalkulationen der europäischen Eliten verschleiern soll, in den Augen der Bürger die Bereitstellung enormer Mittel zur Finanzierung der Ukraine und den beschleunigten Ausbau des Rüstungskomplexes der europäischen Länder rechtfertigen soll – unter dem Vorwand der Vorbereitung auf eine angeblich unvermeidliche bewaffnete Auseinandersetzung, wie sie sagen, mit unserem Land«

»Sacharowa naswala isteriju posle inzidenta s BPLA w Lejptzige saplanirowannoj eskalaziej«, *Tass*, 09.09.2026, <https://tass.ru/politika/28094411>

NATO-Generalsekretär Mark Rutte

»Ich möchte Deutschlands Reaktion wirklich loben [...] die NATO verfügt über alle Reaktionsmöglichkeiten, die wir brauchen. Man wird sie nicht immer sehen. Manche sind öffentlich, manche nicht, und unsere Reaktion als NATO wird in solchen Fällen nicht immer eine Vergeltungsmaßnahme sein. Aber Sie haben vor über einem Jahr – mittlerweile vor 17/18 Monaten –, als das Unterseekabel zwischen Finnland und Estland durchtrennt wurde, gesehen, dass wir »Baltic Sentry« ins Leben gerufen haben, was Russland Kosten verursacht. Sie hassen es. Wir haben bei »Baltic Sentry« gesehen, dass immer mehr Bündnispartner – ein Bündnispartner nach dem anderen – an der Schattenflotte arbeiten und den Russen Kosten sowie strategische Dilemmata auferlegen. Wir sind also da.«

»Keynote address by NATO Secretary General Mark Rutte at the Conference of the Heads of German Missions followed by a moderated discussion with the Federal Minister for Foreign Affairs«, *North Atlantic Treaty Organization*, 10.09.2026, <https://www.nato.int/en/news-and-events/events/transcripts/2026/09/10/keynote-address-by-the-nato-secretary-general-at-the-conference-of-the-heads-of-german-missions>

KOMMENTAR

Macht das Russische Haus zum Haus der freien Völker

Artur Weigandt (Prag)

Nun ist die Entscheidung gefallen. Am 1. September 2026 haben Bundesaußenminister Johann Wadephul und Bundesinnenminister Alexander Dobrindt das deutsch-russische Kulturabkommen von 2011 gekündigt – jenen Vertrag, auf dem der Betrieb des Russischen Hauses an der Berliner Friedrichstraße beruht. Anlass war der versuchte Anschlag mit Sprengstoffdrohnen auf den Flughafen Leipzig/Halle Anfang August, für den die Bundesregierung Moskau verantwortlich macht. Jahrelang hatte Berlin die Schließung gescheut, gebremst von juristischen Bedenken und diplomatischer Vorsicht. Jetzt, nach Beratungen im Nationalen Sicherheitsrat, ist sie beschlossene Sache. Zugleich muss das russische Generalkonsulat in Bonn schließen; die Mitarbeiter des Hauses wurden aufgefordert, das Land zu verlassen.

Doch die Kündigung beantwortet nur die erste Hälfte der Frage. Sie bedeutet nicht, dass die Türen morgen zufallen: Das Abkommen über die Kultur- und Informationszentren lässt sich nur zum Ende einer fünfjährigen Laufzeit beenden, und diese läuft erst im Juni 2027 aus. Bis dahin bleibt eine Übergangsphase. Vor allem aber: Das Gebäude selbst – rund 29.000 Quadratmeter auf sieben Etagen, in einer der zentralsten Lagen Berlins – steht im Eigentum des russischen Staates. Mit der Kündigung des Betriebsabkommens ist kein Eigentumsübergang verbunden. Was mit diesem Haus geschehen soll, ist damit vollkommen offen.

Und hier wiederholt sich das eingübte Muster der Debatte, nur eine Stufe höher. Über Jahre standen sich zwei Lager gegenüber: Die einen forderten die sofortige Schließung, die anderen – Sahra Wagenknechts BSW an vorderster Front – warnten davor, den letzten Gesprächskanal nach Russland zu kappen. Beide Seiten beantworteten die falsche Frage. Denn beide unterstellten, dieses Haus sei Russland. Deshalb schien es nur zwei Möglichkeiten zu geben: Entweder man schlägt Russland die Tür zu oder man hält sie offen.

Doch das Problem des Russischen Hauses bestand nie darin, dass es russisch ist. Das Problem besteht darin, dass es dem Kreml gehört – und damit einer Macht, die seit Jahrhunderten beansprucht, für andere Völker, Sprachen und Erinnerungen sprechen zu dürfen. Genau diese Frage bleibt auch nach der Kündigung ungelöst. Der Kreml verliert nun das Recht, das Haus zu betreiben – aber er behält die Immobilie. Berlins SPD-Spitzenkandidat Steffen Krach hat bereits eine Enteignung ins Gespräch gebracht; frühere Versuche eines privaten Gläubigers, auf das Gebäude zuzugreifen, scheiter-

ten vor deutschen Gerichten an dessen zumindest teilweise hoheitlicher Nutzung und der damit verbundenen Immunität. Die eigentliche Auseinandersetzung – wem dieses Haus künftig dient – beginnt also erst jetzt.

1984 als »Haus der Sowjetischen Wissenschaft und Kultur« eröffnet und zuletzt von der Moskauer Agentur Rossotrudnitschestwo betrieben, die die Europäische Union seit Juli 2022 sanktioniert, verteidigte sich das »Haus der Wissenschaft und Kultur« gegen jeden Vorwurf mit demselben Wort: Kultur. Wie viel diese Berufung wert war, ließ sich zuletzt besichtigen. Das hauseigene Filmtheater zeigte Produktionen des abgeschalteten Propagandasenders RT, in denen Ukrainer als Nazis verunglimpft wurden; eine Ausstellung behauptete Kriegsverbrechen der ukrainischen Armee an der eigenen Bevölkerung; wiederholt stellte das Haus der iranischen Botschaft Räume zur Verfügung, und im Erdgeschoss verkaufte eine Buchhandlung russische Kriegspropaganda. Im Juni 2025 urteilte das Verwaltungsgericht München, das Haus falle unter die EU-Sanktionen und dürfe nur noch »Substanzerhalt« betreiben; das Urteil ist bis heute nicht rechtskräftig. All das rechtfertigt das Ende dieses Betriebs. Aber es sagt noch nichts darüber, was an seine Stelle treten soll.

Denn selbst die nun vollzogene Kündigung wäre, für sich genommen, nur eine Schlagzeile für einige Tage und ein Geschenk an die Kremlpropaganda für Jahre. Moskau bekäme seine liebste Rolle frei Haus geliefert: die des verfolgten Opfers. »Russophobie«, würde es heißen. Deutschland verbiete russische Kultur, verstoße Dostojewski, cancelle Tschaikowski und Tschechow. Ein leergeräumtes, verkauftes oder in Büroflächen verwandeltes Haus würde diese Erzählung sogar bestätigen: Seht her, sie haben uns einfach ausgeradiert. Ein verriegeltes Tor an prominenter Adresse ist ein Denkmal, das Moskau sich nichts kosten lässt und jahrelang bespielen kann.

Also nehmen wir dem Kreml dieses Argument. Räumen wir das Russische Haus nicht einfach leer. Entziehen wir es seinem imperialen Anspruch – und füllen wir es neu.

Macht daraus ein Haus der freien Völker. Ein dekoloniales Zentrum für all jene, deren Geschichte vom Russischen Reich, von der Sowjetunion und vom heutigen Russland vereinnahmt, verdrängt oder ausgelöscht wurde. Einen Ort für Ukrainerinnen und Ukrainer, Belarussen, Georgier, Armenier und Kasachen. Für Tschetschenen und Tscherkessen, Krimtataren, Wolga- und Sibiriantataren, Baschkiren, Burjaten, Kalmücken, Tuwiner, Sacha und die indigenen Völker des

Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens. Für jüdische und romani Gemeinschaften. Für Russlanddeutsche, Wolgadeutsche und Schwarzmeerdeutsche, deren Geschichte von Entrechtung, Deportation, Zwangsarbeit und erzwungener Assimilation geprägt ist.

Und auch für jene Russinnen und Russen, die den Krieg ablehnen, den imperialen Anspruch ihres Landes bekämpfen und nicht mehr frei sprechen dürfen.

Der Gedanke ist nicht neu, und er stammt nicht von deutschen Kulturpolitikern. Schon im Mai 2024 forderte die ukrainische Organisation Vitsche, die seit 2022 vor dem Haus protestiert, seine Umwandlung in ein »dekoloniales Haus« und ließ darüber abstimmen, ob seine Räume an die ukrainische Gemeinde übergehen sollten. Was damals wie eine Provokation der Protestierenden klang, ist mit der Kündigung zur praktischen Frage geworden: Die Politik muss nun ohnehin entscheiden, was aus dem Gebäude wird – warum also nicht so?

Dabei darf Russisch nicht länger die selbstverständliche Hauptsprache sein, in die sich alle anderen einfügen haben. In diesem Haus müsste Ukrainisch ebenso zu hören sein wie Belarussisch, Georgisch und Armenisch, Kasachisch und Kirgisch, Tschetschenisch und Tscherkessisch, Tatarisch, Baschkirisch, Burjatisch, Jakutisch und Deutsch. Nicht als folkloristische Zugabe zu einer vermeintlich großen russischen Kultur, sondern als eigenständige Sprachen eigenständiger Erfahrungen.

Denn Kolonialismus beginnt nicht erst mit der Eroberung eines Landes. Er zeigt sich auch darin, wer wen übersetzen muss, wessen Geschichte als Mittelpunkt gilt und wessen Erinnerung nur als regionale Fußnote vorkommt.

Ein wirklich dekoloniales Haus dürfte deshalb nicht bloß die Fahnen austauschen. Es müsste seine Ordnung verändern. Nicht Moskau dürfte weiterhin das Zentrum bilden, um das sich alle anderen gruppieren. Die Menschen und Gemeinschaften, über die das Imperium gesprochen hat, müssten selbst entscheiden, welche Geschichten erzählt, welche Archive geöffnet, welche Ausstellungen gezeigt und welche Sprachen gesprochen werden.

Ein solcher Ort könnte sich mit den Deportationen der Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren und Russlanddeutschen beschäftigen; mit der russischen Eroberung des Kaukasus und der Vertreibung der Tscherkessen; mit der Kolonisierung Sibiriens; mit dem Holodomor und dem stalinistischen Terror; mit der Unterdrückung nationaler Sprachen; mit den Spuren deutscher Siedler am Schwarzen Meer und an der Wolga; mit den Familiengeschichten jener Menschen, die über Generationen verschoben, umbenannt und gezwungen wurden, ihre Herkunft zu verschweigen.

Er könnte zugleich zeigen, dass diese Menschen nicht nur Opfergeschichten besitzen. Ihre Literatur,

Musik und Kunst, ihre religiösen Traditionen, politischen Bewegungen und Vorstellungen von Zukunft gehören nicht in die ethnografische Vitrine eines russischen Imperiums. Sie gehören ihnen selbst.

Und das Haus böte den Raum dafür. Wo das Filmtheater zuletzt RT-Propaganda abspielte, könnte ukrainisches, georgisches, kasachisches Kino laufen. Die Säle, in denen der Krieg gefeiert wurde, stünden den Redaktionen der aus Russland vertriebenen Medien offen, den Verlagen im Exil, den Bühnen einer Diaspora, die in Berlin ohnehin längst lebt und arbeitet. Zum Komplex gehören 64 Wohnungen – sie könnten verfolgten Autorinnen, Journalisten und Künstlern als Residenz dienen. Ein solches Haus wäre kein Mausoleum, sondern eine Werkstatt.

Das Gebäude selbst trägt diese Geschichte in sich. Errichtet zwischen 1981 und 1984 nach Plänen des DDR-Architekten Karl-Ernst Swora, war es als Schaufenster der sowjetischen Weltmacht im Herzen Ost-Berlins gedacht; im Foyer grüßte lange eine Lenin-Statue, heute eine überlebensgroße Büste Juri Gagarins. Kaum ein Ort verkörpert den Anspruch, im Namen aller Völker zu sprechen, deutlicher. Ihn ausgerechnet jenen zu übergeben, über die dieser Anspruch verhängt wurde, wäre kein Bruch mit der Geschichte des Hauses, sondern ihre Umkehrung.

Man wird einwenden, dies sei schöne Theorie, während die Immobilie juristisch dem russischen Staat gehört und die Kündigung des Betriebs eben kein Eigentumsübergang ist. Das stimmt. Doch gerade deshalb ist jetzt der Moment, die richtige Frage zu stellen. Solange das Haus als »Kulturinstitut« eines fremden Staates betrieben wurde, konnte sich Moskau auf hoheitliche Nutzung und Immunität berufen. Mit dem Ende dieses Betriebs verliert dieses Argument seinen Boden. Ob Enteignung, treuhänderische Verwaltung oder eine andere Konstruktion – der Streit über das Eigentum wird ohnehin geführt werden. Die Politik sollte ihn nicht dem Immobilienmarkt überlassen, sondern mit einer Idee führen: Nicht »Wer bekommt die Fläche?«, sondern »Wofür ist dieser Ort da?« Eine Antwort auf die zweite Frage macht die erste leichter, nicht schwerer. Und die Trägerschaft läge nicht bei einem neuen Amt, sondern bei denen, um die es geht: bei den Exilinstitutionen und Diasporaorganisationen, die sich die Kuratierung teilen, statt dass wieder eine Hauptstadt für alle spricht.

Eine solche Umwidmung träfe Moskau an einer Stelle, die keine Sanktion erreicht: bei seiner Deutungshoheit. Das russische Imperium lebt von dem Anspruch, für all diese Menschen sprechen zu dürfen, das sowjetische Erbe allein zu besitzen und zu bestimmen, was zu Russland gehört. Es erklärt ukrainische Städte zu russischen Städten, eigenständige Völker zu Bestandteilen einer »russischen Welt« und jede Kritik

an seiner Herrschaft zu einem Angriff auf Russland selbst. Übergibt man das Haus denen, die der Kreml zum Schweigen bringt, fällt dieser Anspruch in sich zusammen.

Die russische Kultur würde dadurch nicht ausgelöscht, sondern aus den Händen des Staates befreit – und aus der Rolle erlöst, alle anderen Kulturen überschatten zu müssen. Dostojewski braucht Rossotrudnitschestwo nicht. Tschechow braucht keinen Geheimdienst. Zur russischen Kultur gehören auch die Dichter, die Russland einsperrt, die Filmemacher, die es ins Exil treibt, und die Menschen, die sich weigern, ihre Sprache dem Krieg zur Verfügung zu stellen.

Aber russische Kultur ist eben nur eine Kultur unter vielen. Sie ist nicht das Dach, unter dem Ukrainer, Tataren, Burjaten oder Russlanddeutsche ihren Platz erhalten. Das neue Haus müsste allen gehören, ohne dass eine Sprache, eine Hauptstadt oder eine historische Erzählung wieder den Mittelpunkt besetzt.

Ich selbst bin in Kasachstan geboren, in Deutschland aufgewachsen und mit mehreren kulturellen Zugehörigkeiten groß geworden. Gerade solche Biografien zeigen, wie wenig die Geschichte der ehemaligen Sowjetunion in nationale Schubladen passt. Menschen können Russisch sprechen, ohne dem Kreml zu gehören. Sie können Deutsch sprechen und zugleich eine sowjetische Familiengeschichte besitzen. Sie können aus Kasachstan, der

Ukraine oder Russland kommen, ohne sich von Moskau erklären lassen zu müssen, wer sie sind.

Das Abkommen mit Moskau war real. Aber die Gegenseitigkeit, auf die es sich berief, war längst zur Fiktion geworden: Die Arbeit der Goethe-Institute in Russland wurde über Jahre eingeschränkt und erstickt, während immer mehr deutsche Einrichtungen zu »unerwünschten« Organisationen erklärt wurden. Insofern hat die Bundesregierung nur nachvollzogen, was Moskau längst vollzogen hatte. Die entscheidende Wahl aber steht noch aus. Sie lautet nicht mehr, ob das Russische Haus schließt, sondern was an seine Stelle tritt.

Berlin sollte die Monate bis Juni 2027 nutzen – nicht, um einen kulturellen Ort verschwinden zu lassen, sondern um ihn neu zu bestimmen: dieselben Mauern, aber andere Menschen, denen sie Schutz geben. Dieselbe Adresse, aber nicht mehr dieselbe Macht. Kein Ersatzministerium für ein anderes Nationalprojekt, sondern ein gemeinsames Haus, das seine Vielfalt aushält.

Die bloße Schließung des Russischen Hauses ist ein Vorgang, den Moskau mühelos in eine weitere Erzählung von Demütigung und Verfolgung verwandeln kann. Ein dekoloniales Haus der freien Völker wäre dagegen ein Satz, auf den der Kreml keine Antwort hat.

Man muss diese Tür nicht verriegeln. Man muss sie denen öffnen, vor denen das Imperium sie verschlossen hat.

Dieser Kommentar ist eine aktualisierte und erweiterte Fassung des Autors. Er erschien zuvor am 15.08.2026 unter dem Titel »Noch vier Monate. Macht das Russische Haus zum Haus der freien Völker!« online auf [n-tv.de](https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Macht-das-Russische-Haus-zum-Haus-der-freien-Voelker-id31193971.html), https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Macht-das-Russische-Haus-zum-Haus-der-freien-Voelker-id31193971.html.

Über den Autor

Artur Weigandt (*1994 in Uspenka, Kasachstan) ist ein deutscher Journalist mit dem Schwerpunkt Osteuropa und Autor. Er studierte Germanistik, Philosophie und Ästhetik in Frankfurt am Main, lebte längere Zeit in Prag, Kyjiw und Tiflis und absolvierte seine journalistische Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München. Weigandt schreibt regelmäßig für *Die Zeit*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt*. Sein Debütroman *Die Verräter* erschien 2023 bei Hanser Berlin. 2025 veröffentlichte er bei C.H. Beck sein zweites Buch *Für euch würde ich kämpfen. Mein Bruch mit dem Pazifismus*.

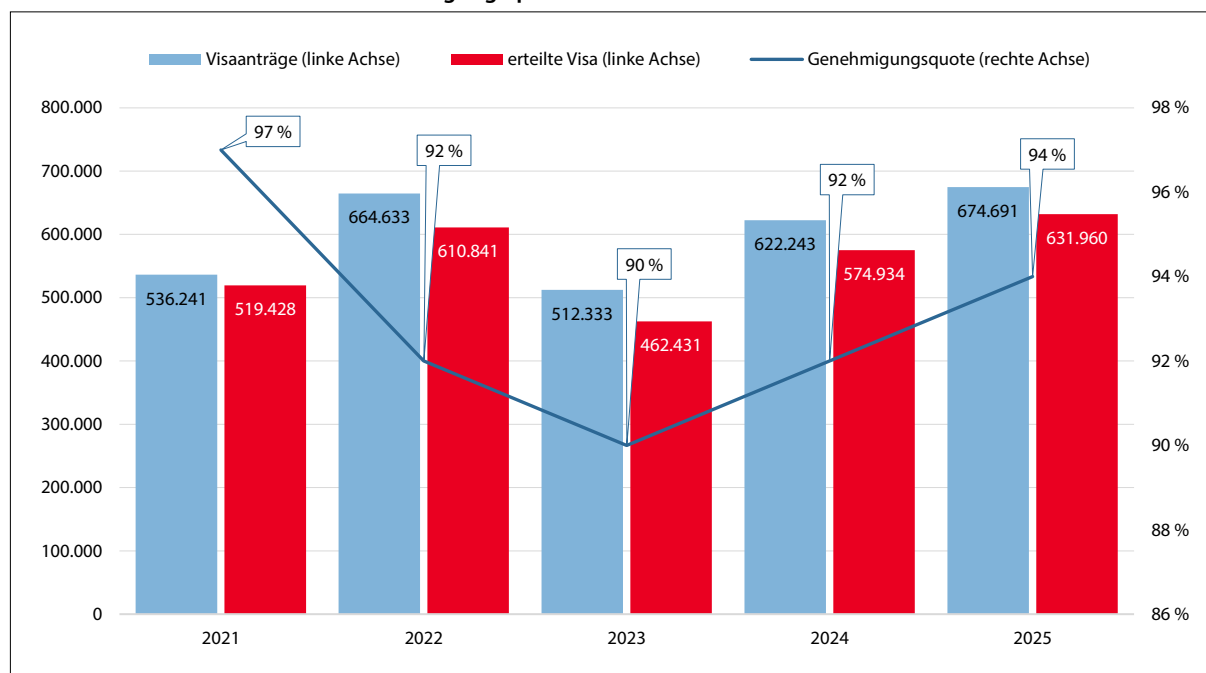
DOKUMENTATION

Touristen aus Russland in der EU

In Reaktion auf den hybriden Angriff auf den Flughafen Leipzig/Halle hat eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes erklärt: »Die Anzahl der erteilten C-Visa für russische Staatsangehörige zum Urlaub in der Europäischen Union ist zu hoch.« (Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz-2800710>) Ein C-Visum wird ausgestellt für einen Kurzaufenthalt von bis zu 90 Tagen und gilt für den gesamten Schengenraum. Hintergrund ist, dass einer der Verdächtigen mit einem italienischen EU-Visum für Touristen eingereist sein soll. (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-09/russland-anschlag-flughafen-leipzig-halle-touristenvisum-italien>)

Die Visumvorschriften für russische Staatsangehörige sind durch die EU seit September 2022 in drei Schritten verschärft worden (https://commission.europa.eu/topics/eu-solidarity-ukraine/eu-sanctions-against-russia-following-invasion-ukraine/visa-measures_de). 2023 ging die Visavergabe um ein Viertel zurück. Seitdem ist sie aber wieder gestiegen und lag 2025 über dem Wert von 2022, wie Grafik 1 zeigt. Etwa drei Viertel der erteilten Visa sind Touristenvisa. Auf den Plätzen zwei und drei bei der Häufigkeit der Vergabe an russische Staatsangehörige stehen Visa für Familienbesuche und Geschäftsreisen.

Grafik 1: Visavergabe an russische Staatsangehörige für Aufenthalte im Schengenraum 2021–2025: Anträge, erteilte Visa sowie Genehmigungsquote



Quelle: Europäische Kommission, interne Daten, zitiert nach: <https://www.euractiv.com/news/eu-countries-split-as-russian-visa-numbers-climb-again/>

DOKUMENTATION

Russisch-ukrainischer Luftkrieg

Im Jahr 2026 ist der russisch-ukrainische Luftkrieg weiter eskaliert. Die Ukraine hat zunehmend die Kapazitäten für weitreichende Angriffe ins russische Hinterland. Gleichzeitig ist die ukrainische Luftverteidigung vor allem durch das Fehlen von Patriot-Abwehrraketen geschwächt, was Russland zu massiven Angriffen vor allem auf zivile Ziele nutzt.

Die folgende Dokumentation erfasst drei Aspekte des russisch-ukrainischen Luftkriegs:

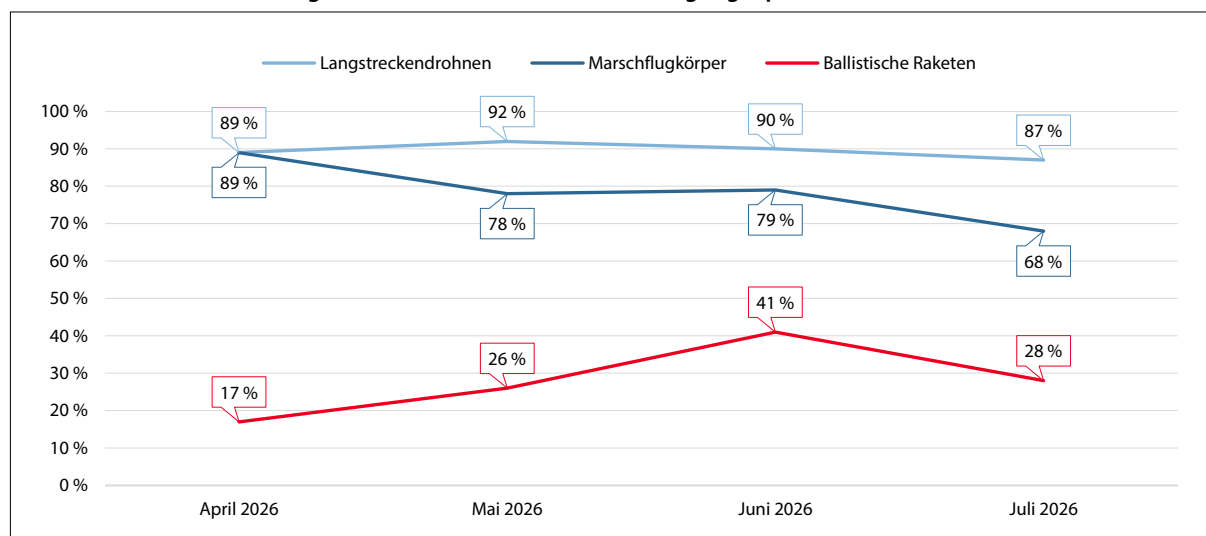
- Zivile Opfer russischer Luftangriffe
- Ukrainische Luftangriffe auf russische Ziele
- Verletzung der Lufträume von Nachbarländern

Die Dokumentation ist von Heiko Pleines im Rahmen eines Marie Curie Staff Exchange erstellt worden (Horizon Europe Programme – ORCA, grant agreement no: 101182752).

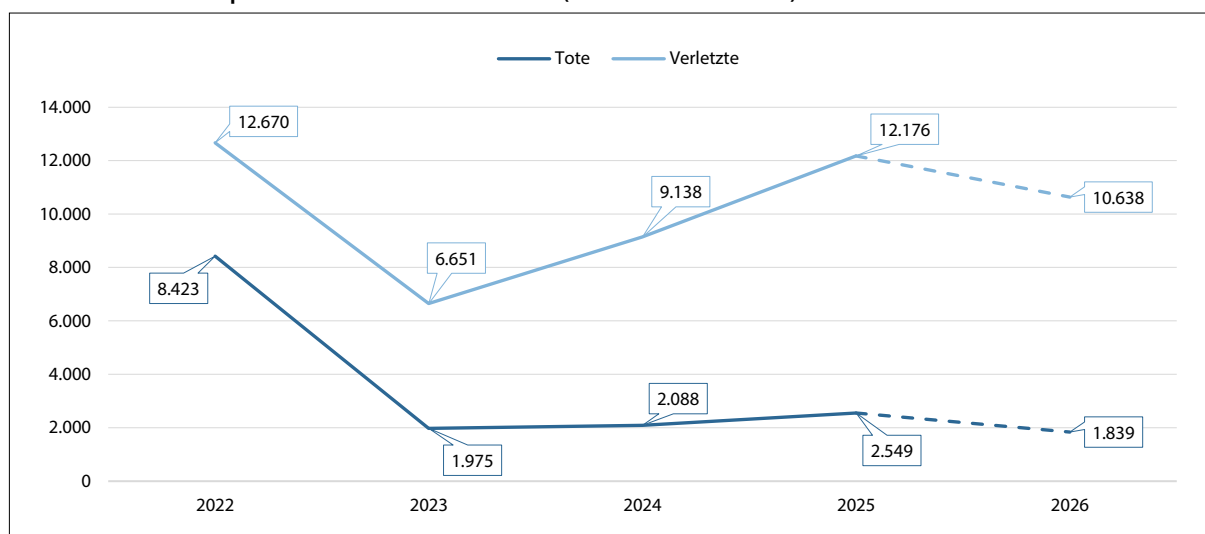
Stand: 01. September 2026, soweit nicht anders angezeigt.

Teil 1: Zivile Opfer russischer Luftangriffe

Grafik 1: Aktuelle Abfangraten der ukrainischen Luftverteidigung, April bis Juli 2026

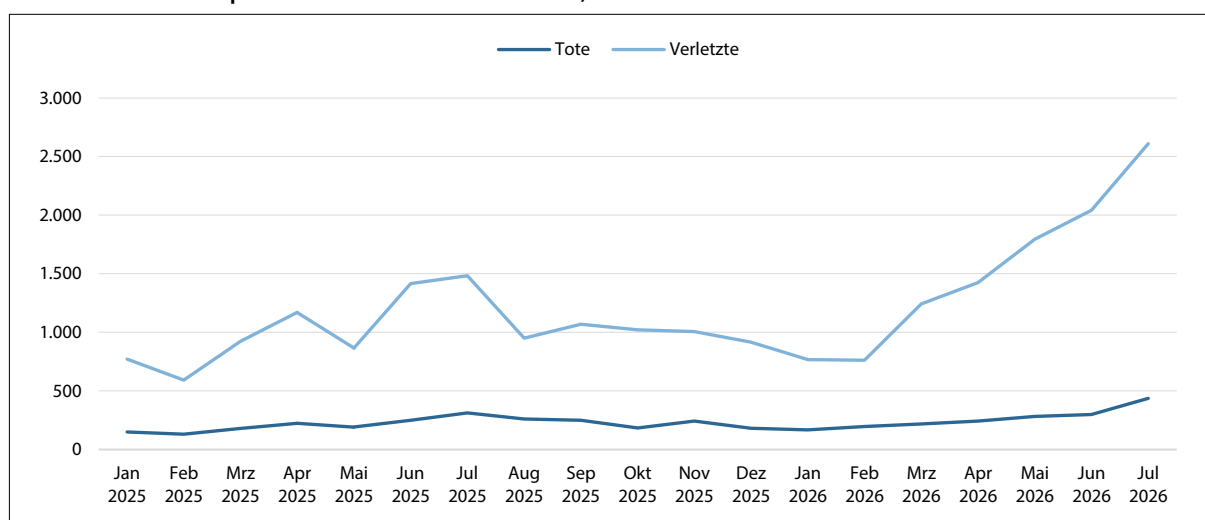


Quelle: Monitor Luftkrieg Ukraine, 13.06.2026 und 12.08.2026, je S. 2, <https://www.kyiv-dialogue.org/de/news/newsreader/monitor-luftkrieg-ukraine-vol-xvii.html> und <https://www.kyiv-dialogue.org/de/news/newsreader/monitor-luftkrieg-ukraine-vol-xix.html>

Grafik 2: Zivile Opfer in der Ukraine nach Jahren (Stand: Ende Juli 2026)

Anmerkung: Zahlen für 2026 bis Ende Juli. Erfasst werden alle zivilen Opfer. 18 % der Toten und 10 % der Verletzten befanden sich auf zum jeweiligen Zeitpunkt von Russland besetztem Gebiet.

Quelle: Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte: Protection of Civilians in Armed Conflict — July 2026, S. 4, https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2026-06/Ukraine%20-%20protection%20of%20civilians%20in%20armed%20conflict%20%28May%202026%29_ENG.pdf

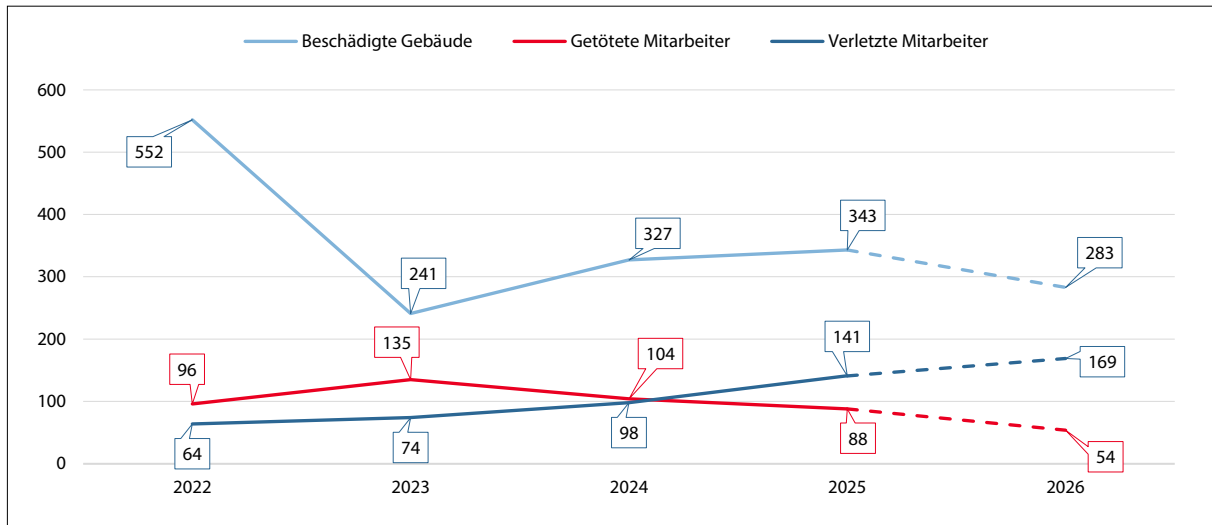
Grafik 3: Zivile Opfer in der Ukraine nach Monaten, Januar 2025 bis Juli 2026

	Tote	Verletzte
Januar 2025	149	770
Februar 2025	131	592
März 2025	179	922
April 2025	223	1.169
Mai 2025	191	865
Juni 2025	249	1.416
Juli 2025	312	1.482
August 2025	260	949
September 2025	249	1.068
Oktober 2025	183	1.021

	Tote	Verletzte
November 2025	242	1.006
Dezember 2025	181	916
Januar 2026	167	767
Februar 2026	195	761
März 2026	218	1.242
April 2026	242	1.423
Mai 2026	282	1.794
Juni 2026	298	2.041
Juli 2026	437	2.610

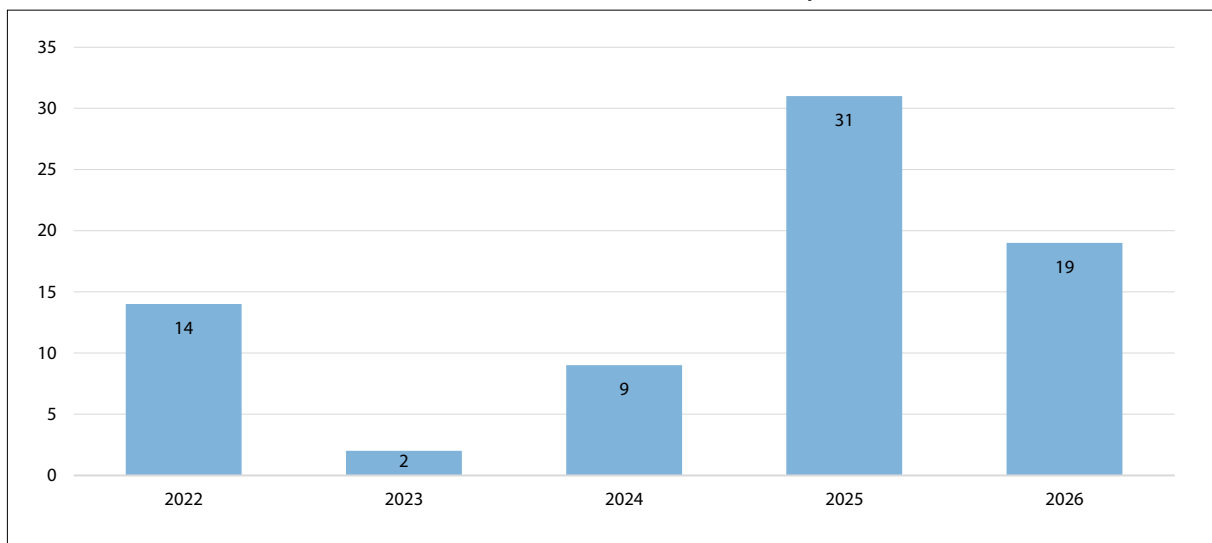
Anmerkung: Erfasst werden alle zivilen Opfer. 18 % der Toten und 10 % der Verletzten befanden sich auf zum jeweiligen Zeitpunkt von Russland besetztem Gebiet.

Quelle: Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte: Protection of Civilians in Armed Conflict — July 2026, S. 4, https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2026-06/Ukraine%20-%20protection%20of%20civilians%20in%20armed%20conflict%20%28May%202026%29_ENG.pdf

Grafik 4: Russische Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen nach Jahren (Stand: Ende Juli 2026)

Quelle: eigene Berechnungen für jährliche Zahlen nach Attacks on Health Care in Ukraine, <https://www.attacksonhealthukraine.org>

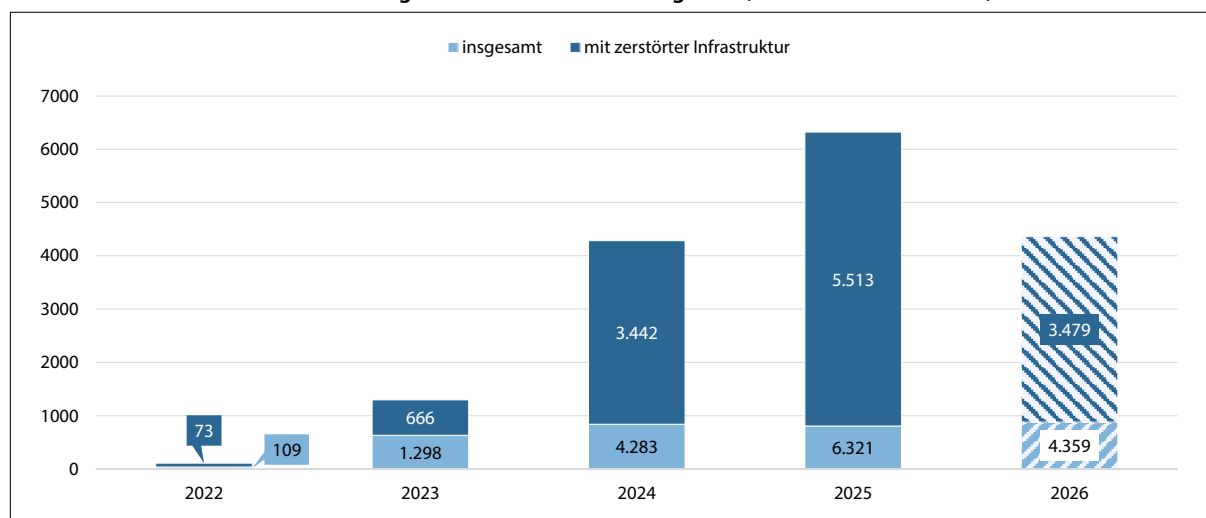
Grafik 5: Russische Angriffe auf ukrainische Lager mit medizinischen Hilfsgütern
Angriffe mit schweren Waffen (Waffen, deren Bedienung mehr als eine Person erfordert, also
Schusswaffen, Panzer, Raketen, Bomben, Mörser) (Stand: 22. September 2026)



Quelle: WHO, Surveillance System for Attacks on Health Care (SSA), <https://extranet.who.int/ssa/Index.aspx>

Teil 2: Ukrainische Luftangriffe auf russische Ziele

Grafik 6: Ukrainische Drohnenangriffe auf russisches Staatsgebiet (ohne besetzte Gebiete) 2022 – 2026



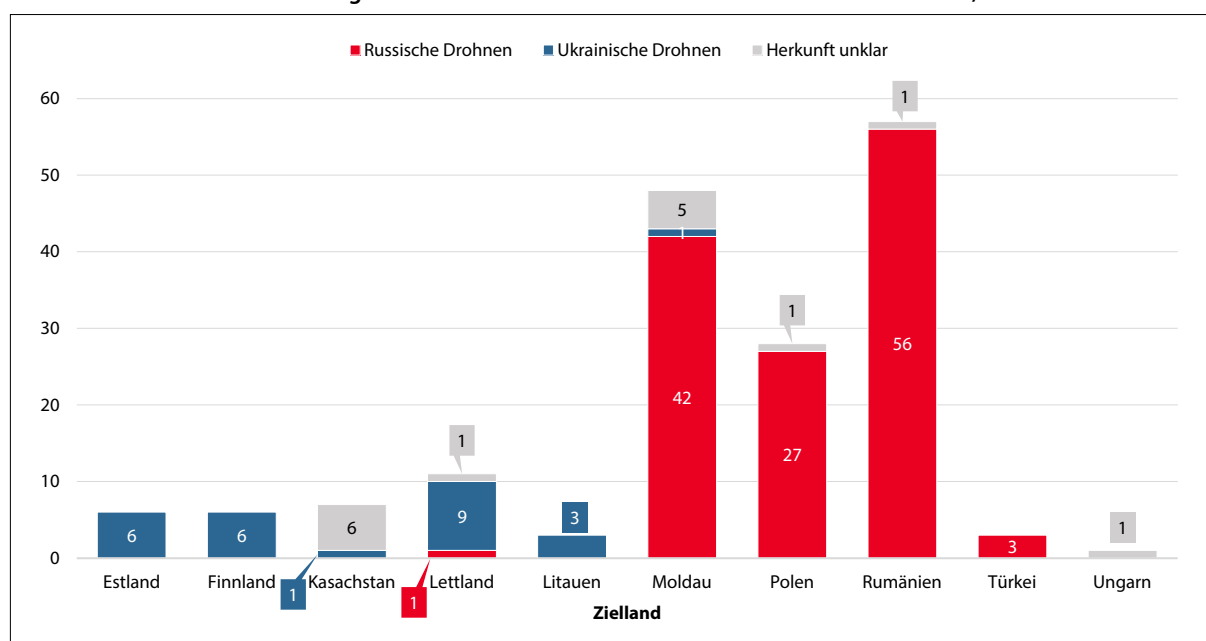
Anmerkung: Zahl für 2026 auf dem Stand vom 02. September 2026.

Erfasst werden KI-basiert automatisch alle ukrainischen Angriffe auf russisches Territorium seit dem Beginn der russischen Großinvasion im Februar 2022, zu denen es auf über 700 einbezogenen Telegramm-Kanälen mindestens zwei Nachrichten innerhalb von höchstens 24 Stunden am selben Ort zum selben Vorfall gibt. »Die Daten wurden automatisch erfasst und mithilfe von KI verarbeitet; etwa zehn Prozent der Zwischenfälle enthalten Doppelungen oder Ungenauigkeiten. Es wurden unter anderem staatliche Quellen herangezogen. Die Zwischenfälle wurden nicht manuell überprüft. Ziel ist es, einen Überblick zu vermitteln.«

Quelle: Novaya Gazeta Europe/dekoder.org, <https://www.dekoder.org/de/article/interaktive-karte-ukrainische-angriffe-auf-russland/>

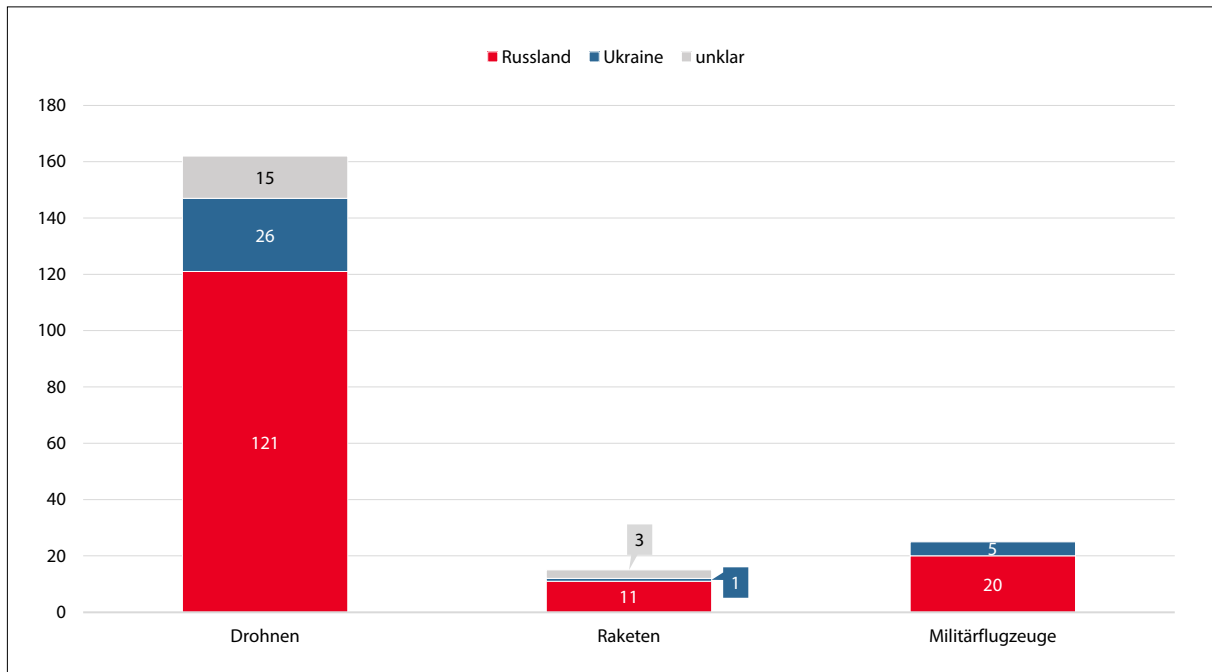
Teil 3: Verletzung der Lufträume von Nachbarländern

Grafik 7: Luftraumverletzungen durch russische und ukrainische Drohnen nach Ländern, 2022–2026



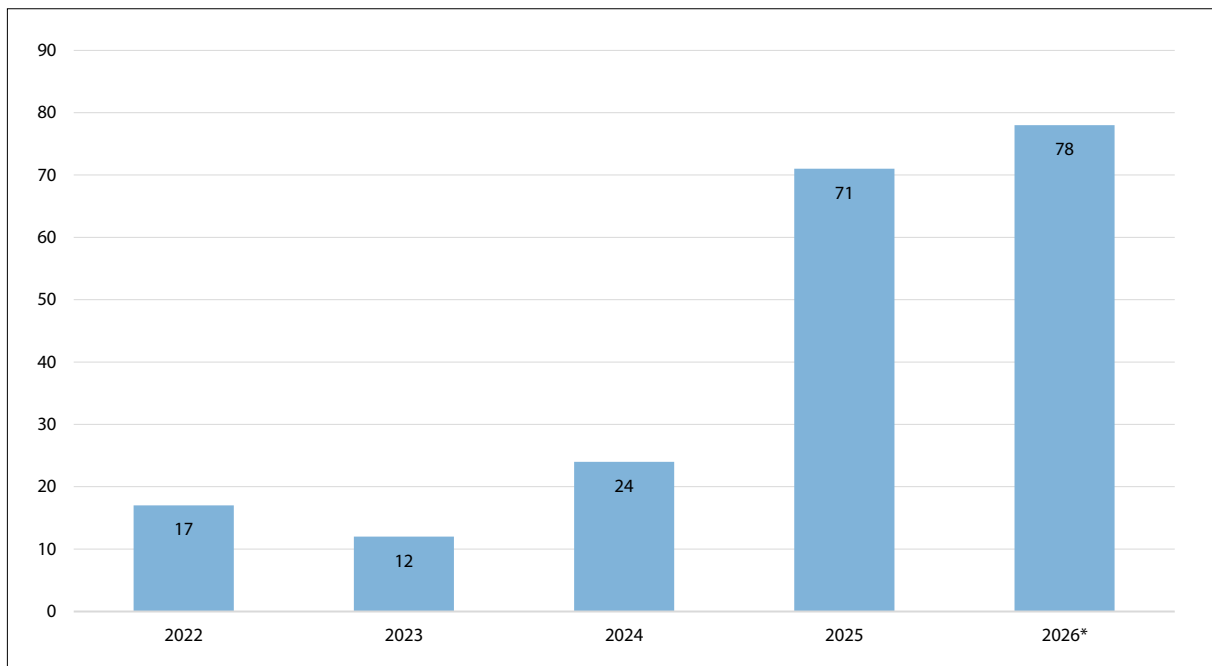
Anmerkung: Stand 01. September 2026. Alle Zahlen geben die belegte Mindestzahl an. Die Zahlen für Kasachstan sind widersprüchlich. Das Eindringen von ukrainischen Drohnen in fremde Lufträume wird in der Ostseeregion in der Regel auf russische Störsender zurückgeführt.

Quelle: Heiko Pleines (2026): Violations of non-combatant airspace during the Russo-Ukrainian war. – 24 Feb. 2022 – 01 Sept. 2026, v. 1.2, Discuss Data <https://doi.org/10.48320/F1620FCB-6E0F-4E2E-B3C1-1AD29EE8FCEF>

Grafik 8: Luftraumverletzungen nach Art des Fluggeräts, alle Nachbarländer 2022–2026

Anmerkung: Stand 01. September 2026

Quelle: Heiko Pleines (2026): Violations of non-combatant airspace during the Russo-Ukrainian war. – 24 Feb. 2022 - 01 Sept. 2026, v. 1.2, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/F1620FCB-6E0F-4E2E-B3C1-1AD29EE8FCEF>

Grafik 9: Luftraumverletzungen nach Jahren, alle Nachbarländer 2022–2026

* Anmerkung: Zahl der Objekte, Stand 01. September 2026

Quelle: Heiko Pleines (2026): Violations of non-combatant airspace during the Russo-Ukrainian war. – 24 Feb. 2022 - 01 Sept. 2026, v. 1.2, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/F1620FCB-6E0F-4E2E-B3C1-1AD29EE8FCEF>

KOMMENTAR

Die Partei, die in Umfragen zu gut abschnitt: Jabloko und die Parlamentswahlen in Russland 2026

David Szakonyi (George Washington-Universität, Washington D.C.)

Das einzige wirkliche Drama im Vorfeld der Wahlen im September 2026 war die überraschende Registrierung und anschließende Streichung von »Jabloko«, der einzigen Anti-Kriegs-Partei, die bei der Wahl antrat. Der Kreml wollte »Jabloko« nur dann zur Wahl zulassen, wenn er absolut sicher war, dass die Partei die 5-Prozent-Hürde nur knapp nehmen würde – oder im Idealfall gar nicht. Die Idee dahinter war, dass ein schwaches Wahlergebnis von »Jabloko« eine Propagandawelle auslösen könnte, die erneut unterstreichen würde, wie geschlossen die russische Bevölkerung hinter dem Krieg stand. Als den russischen Wählern die Möglichkeit geboten wurde, für eine einzige Anti-Kriegs-Partei zu stimmen, hatten sie sich davon abgewandt und ihre Unterstützung für Putin und seine Regierung bekräftigt. So die Idee.

Die Welle der Unterstützung für »Jabloko« im Sommer 2026 untergrub dieses groß angelegte Experiment. Umfragen im Juli sahen die Partei landesweit bei etwa 6 Prozent und in den Ballungszentren sogar noch höher. Noch besorgniserregender war ein deutlicher Anstieg des öffentlichen Engagements Ende Juli und Anfang August, als die Online-Suchanfragen merklich zunahmen. Die beständige Fraktion engagierter Kriegsgegner schien sich um »Jabloko« zu scharen. Ein fehlgeleiteter Versuch der Unterstützung durch die Exilopposition trug nicht zur Verbesserung der Lage bei und machte es den Silowiki noch leichter zu argumentieren, dass die Partei eine gefährlich weitreichende regimiekritische Stimmung kanalisierte. Eine spätere Umfrage von »ExtremeScan« ergab, dass fast ein Viertel der russischen Wähler die Partei unterstützt hätte – genug für den zweiten Platz.

Letztendlich wurde »Jabloko« am 10. August aufgrund absurder Vorwürfe der Urheberrechtsverletzung in ihren Wahlkampfmaterialien von der Wahlliste gestrichen. Die Klage wurde nicht von der Zentralen Wahlkommission eingereicht, sondern von »Rodina«, einer nationalistischen Partei mit einem einzigen Sitz in der Duma. Am selben Tag, an dem der Oberste Gerichtshof die Entscheidung in der Berufungsinstanz bestätigte, verurteilte ein Gericht in Pskow den stellvertretenden Vorsitzenden der Partei, Lew Shlosberg, wegen »Verbreitung falscher Informationen« über die Armee zu elf Jahren und einem Monat Haft in einer Strafkolonie.

Durch den Ausschluss von »Jabloko« von der Wahlliste hat das Regime die Tür dafür praktisch zugeschlagen, dass Parlamentswahlen als sinnvoller Kanal dienen, um Informationen darüber zu sammeln, wie die Bürger tatsächlich über Politik denken. Wichtige natio-

nale Wahlen, insbesondere die Präsidentschaftswahlen, sind offensichtlich schon seit Jahrzehnten vorbestimmt. Doch es gab immer etwas Spielraum, da eine bestimmte Ungewissheit darüber bestand, wo genau Parteien und Kandidaten bei der endgültigen Auszählung landen würden. Dieser Trend war besonders auf regionaler Ebene spürbar, wo Überraschungsniederlagen von »Einiges Russland«-Kandidaten die Partei noch immer unvorbereitet trafen und ihre Regierungsstrategie durcheinanderbrachten.

Nun scheinen Umfragen und andere ausgeklügelte Techniken der Datenerhebung den Wahlwettbewerb zu ersetzen. Regierungsbeamten stehen Unmengen scheinbar unbegrenzter Umfragen unter Russen zur Verfügung, was ihnen die Möglichkeit gibt, politische Kurskorrekturen in Echtzeit vorzunehmen, anstatt bis zum einheitlichen Wahltag warten zu müssen. Und da die sozialen Medien zunehmend unter staatlicher Kontrolle stehen, ist es heute wesentlich einfacher als noch vor einem Jahrzehnt zu erfahren, worüber die Menschen tatsächlich sprechen und was sie derzeit beschäftigt. Kommt noch die analytische Leistungsfähigkeit der KI hinzu, sind Wahlen als Gradmesser für die öffentliche Meinung noch weniger aussagekräftig geworden.

Doch die Regierungspartei muss ihre Mehrheit weiterhin sichern und scheut sich nicht, dreiste Maßnahmen zu ergreifen, um die Wettbewerbsbedingungen zu verzerren und zu verfälschen. Noch auffälliger sind die Lehren, die sie offenbar aus der Protestwelle von 2011–2012 gezogen hat, als eklatanter Wahlbetrug massive Wut und Mobilisierung auslöste. Taktiken im Vorfeld der Wahlen – das Aussortieren von Oppositionskandidaten, die Neufestlegung von Wahlkreisen, die Einschränkung von Wahlbeobachtern – dominieren mittlerweile das autoritäre Spielbuch. Wie meine eigene Forschung zeigt, zahlt die Regierungspartei keinen öffentlichen Preis dafür, frühzeitig in den Wahlzyklus einzugreifen: Oppositionskandidaten daran zu hindern, auf den Stimmzettel zu kommen, verursacht bei den Wählern weitaus weniger Gegenreaktionen als das Fälschen von Stimmzetteln oder die Mobilisierung am Arbeitsplatz.

Und wo lassen solche Inszenierungen und repressiven Taktiken die nicht-systemische Opposition und insbesondere »Jabloko« im Vorfeld der Wahlen zurück? Die Optionen sind recht dürftig. »Jabloko« konnte zum 11. September lediglich 119 Kandidaten in Einmandatswahlkreisen aufstellen, von denen eine erschreckend hohe Zahl entweder von staatlichen Behörden oder

externen Akteuren verfolgt wird. Auf regionaler Ebene ist die Lage ebenso schlecht: Dort stehen die Parteizettel von »Jabloko« nur in Nowgorod auf dem Stimmzettel, während Kandidaten in nur fünf weiteren Regionen in Wahlkreisen antreten. Natürlich ist es möglich, dass die Partei diesen erheblichen administrativen Druck überwinden kann, doch ihr formeller politischer Einfluss wird in den nächsten Jahren an eine niedrige Obergrenze stoßen.

Im Rest des Landes, wo Verbote gelten, hat »Jabloko« eine altbewährte Strategie wiederbelebt, den Wahlzettel ungültig zu machen: Die Wähler sollen zur Wahl gehen und ihre Stimme abgeben, aber auf der Parteiliste oder dem Wahlzettel für den Wahlkreis mehrere verschiedene Kästchen ankreuzen, wo immer »Jabloko«-Kandidaten blockiert wurden. Verärgerte Wähler haben nun drei Anweisungen, denen sie am Wahltag folgen können: ihre Stimmzettel ungültig machen, strategisch wählen (»jede Partei außer »Einiges Russland«) oder die Wahl boykottieren. Wenn sich die Opposition nur auf eine einzige Taktik einigen könnte, erhielten wir vielleicht ein einigermaßen aussagekräftiges Signal echten Widerstands. Doch wieder einmal torpedieren Konflikte unter den Oppositionsführern ein Vorhaben, das ansonsten einfach wäre.

Warum macht das Regime dann überhaupt weiter damit? Warum überhaupt Wahlen abhalten, wenn die Sitze schon lange vorher vergeben sind? Das ist das Ergebnis, das die Silowiki ursprünglich wollten, aber angeblich überstimmt wurden. Die beste Erklärung für das fortgesetzte Theater ist, dass die russische Bevölkerung den Wahlprozess erwartet und schätzt und sich möglicherweise nicht vollständig bewusst ist, welche Manipulationen hinter den Kulissen vorgenommen werden, um ihn zu untergraben.

Eine Absage der Wahlen würde neue Fragen zur Legitimität des Regimes aufwerfen und könnte sogar eine Kaskade von Zweifeln auslösen, in der die Bürger plötzlich glauben, die Partei »Einiges Russland« sei in der Gesellschaft so unbeliebt, dass sie sich keiner Abstimmung stellen würde. Wahlen bieten zudem eine gewisse internationale Legitimation in einer Zeit angespannter Verhandlungen mit der Ukraine und dem Westen. Falls nötig, kann Putin im Rahmen einer umfassenderen Verhandlungsstrategie auf die »Treue« seines eigenen Landes zum Wahlprozess verweisen und darauf, wie geschlossen es hinter dem Krieg steht. So geht die Farce weiter, und die Kluft zwischen der Bevölkerung und den formalen staatlichen Institutionen vergrößert sich weiter.

Dieser Kommentar wurde vom Autor am 14.09.2026 verfasst.

Über den Autor

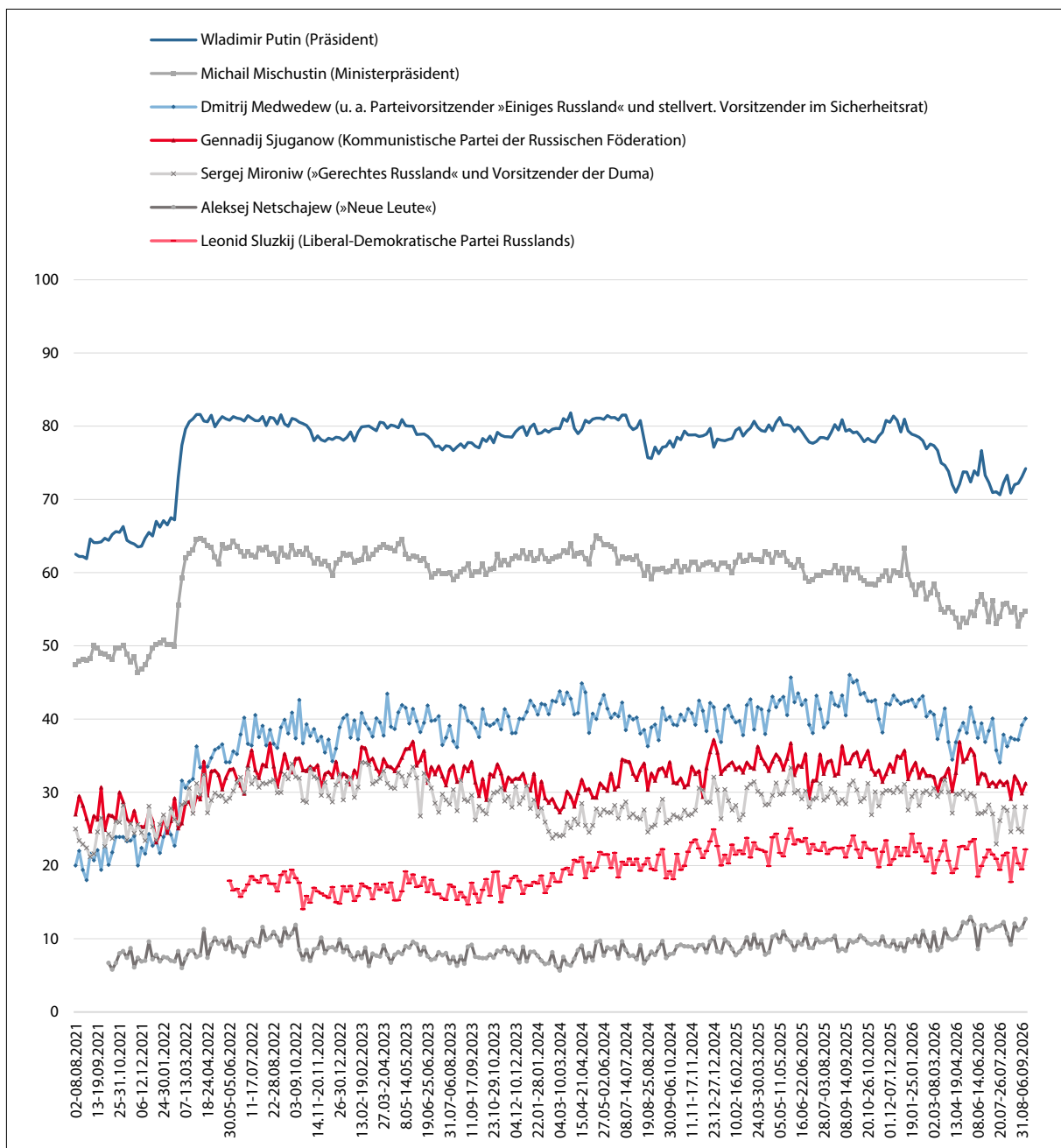
David Szakonyi ist außerordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der George Washington-Universität und Mitgründer des »Anti-Corruption Data Collective (ACDC)«. Sein Forschungsfokus liegt auf Korruption, Kleptokratie und Autoritären Regimen weltweit. Er ist Autor mehrerer Bücher, darunter »Workplace Politics: How Politicians and Employers Subvert Elections«, 2025 erschienen bei Oxford University Press, sowie »Autocratic Intelligence How Modern Dictatorships are Getting Smarter«, das demnächst bei Princeton University Press erscheint.

UMFRAGEN

Stimmung in der Bevölkerung

Vertrauen in Politiker

Grafik 1: »Sagen Sie bitte, vertrauen Sie ... oder vertrauen Sie ihm nicht?«
Wiedergegeben wird die Summe der Antworten »Ich vertraue ihm auf jeden Fall« und »Ich vertraue ihm eher«, August 2021 bis August 2026

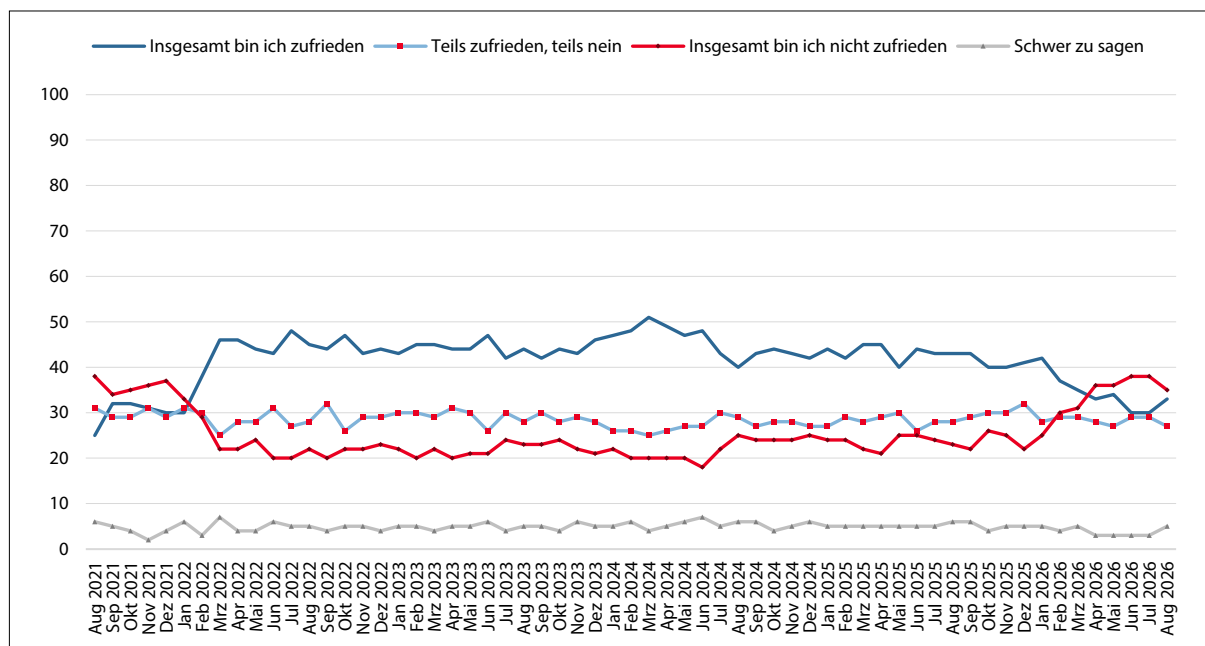


Die Frage wird für jeden Politiker separat gestellt. Geschlossene Frage, eine Antwortnennung, % aller Befragten.

Quelle: Repräsentative Umfrage des WZIAM »Doverie Politikam« vom zuletzt 13.09.2026, online: <https://wciom.ru/ratings/doverie-politikam/>.

(Un-)Zufriedenheit mit Innen- und Außenpolitik und wirtschaftlicher Lage

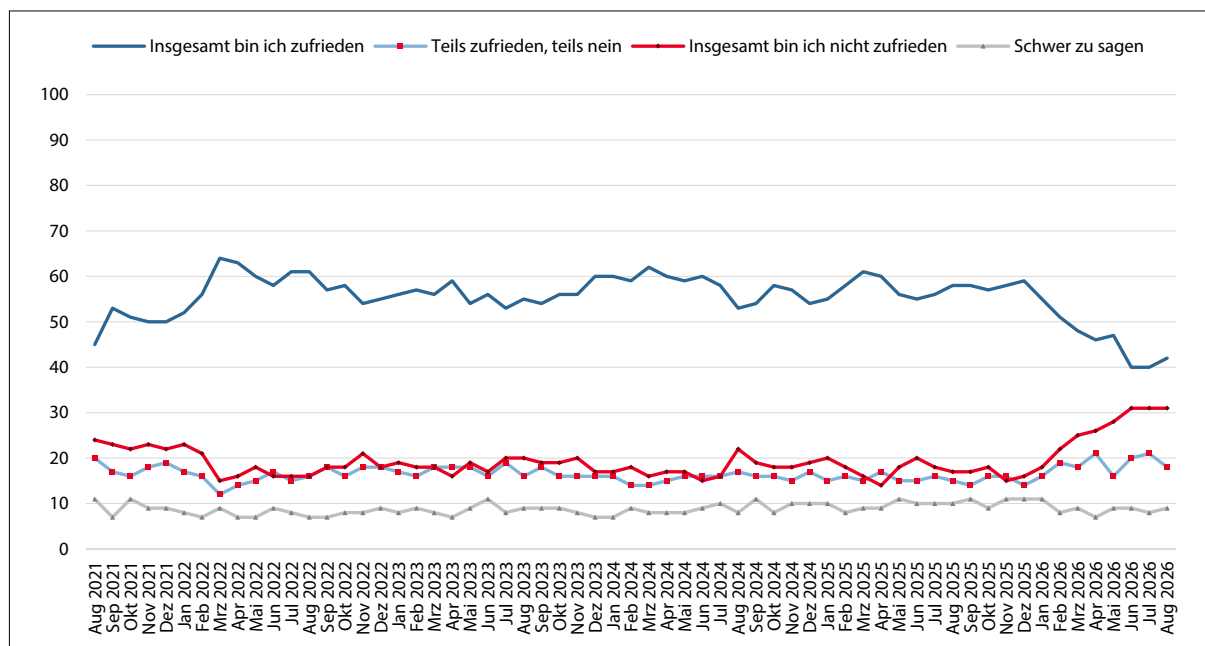
Grafik 2: Inwieweit sind Sie mit der Innenpolitik der derzeitigen Regierung zufrieden?
August 2021 bis August 2026



Geschlossene Frage, eine Antwortnennung, % der Befragten

Quelle: Repräsentative Umfrage des WZIAM »Ozenka vlastej« vom zuletzt August 2026, online: <https://wciom.ru/ratings/ocenka-vlastei/>.

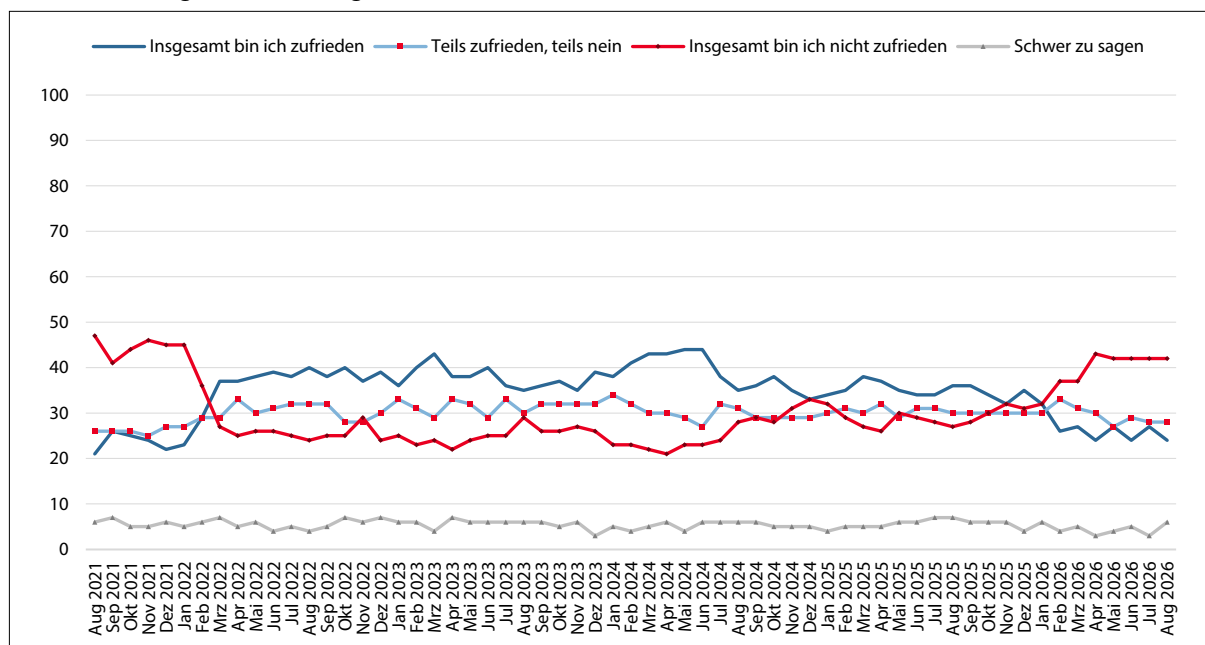
Grafik 3: Inwieweit sind Sie mit der Außenpolitik der derzeitigen Regierung zufrieden?
August 2021 bis August 2026



Geschlossene Frage, eine Antwortnennung, % der Befragten

Quelle: Repräsentative Umfrage des WZIAM »Ozenka vlastej« vom zuletzt August 2026, online: <https://wciom.ru/ratings/ocenka-vlastei/>.

Grafik 4: Inwieweit sind Sie mit der Wirtschaftspolitik der derzeitigen Regierung zufrieden?
August 2021 bis August 2026

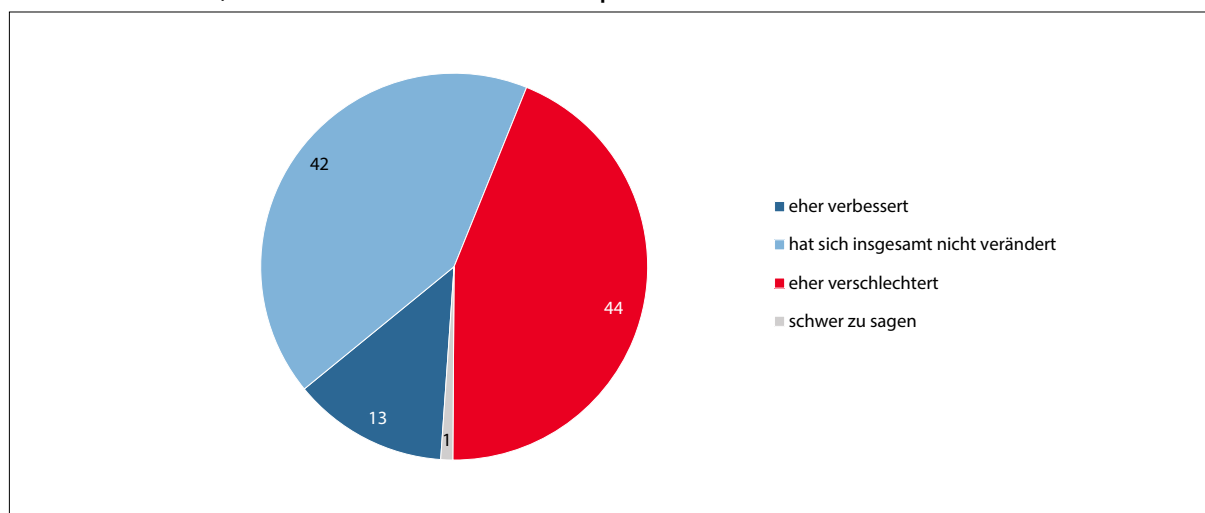


Geschlossene Frage, eine Antwortnennung, % der Befragten

Quelle: Repräsentative Umfrage des WZIAM »Ozenka vlastej« vom zuletzt August 2026, online: <https://wciom.ru/ratings/ocenka-vlastei/>.

Wirtschaftliche Lage

Grafik 5: Hat sich im vergangenen Jahr Ihr Leben eher verbessert, eher verschlechtert oder insgesamt nicht verändert, wenn man sich dabei direkt auf Sie persönlich und das Leben Ihrer Familie bezieht?



Quelle: Russian Field »Ekonomitscheskie opaseniya rossijan«, landesweite Telefonumfrage, durchgeführt vom 26.05.2026 bis 02.06.2026 unter 1.600 Personen, online: <http://russianfield.com/economicfears>.

Erklärung zu den russischen Wahlen 2026

Russian Election Monitor

Die Wahlen zur russischen Staatsduma (neunte Legislaturperiode, 2026–2031), die vom 18. bis 20. September 2026 stattfanden, waren die ersten Parlamentswahlen seit dem vollumfänglichen Einmarsch Russlands in die Ukraine.

Während die vorangegangene Staatsduma-Wahl im Jahr 2021 bereits alles andere als frei und fair war, fanden die diesjährigen Wahlen in einem weitaus stärker kontrollierten politischen Umfeld statt.

Zum einen hatte sich der politische Wettbewerb drastisch verengt. Dies galt sowohl für die Anzahl der teilnehmenden Parteien als auch für die Anzahl der Kandidaten, die bereit waren, sich angesichts des hohen Risikos politischer Verfolgung zur Wahl zu stellen. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der eingereichten Parteilisten um 27 % gesunken, die Zahl der Kandidaten in Einmandatswahlkreisen um 25 %, während sich die Zahl der unabhängigen Kandidaten mehr als halbiert hat. Im Jahr 2026 hat zum ersten Mal keine einzige Partei, die Unterschriftensammlungen [zur Kandidatennominierung – Anm. der Red.] betreiben musste, auch nur versucht, eine Kandidatenliste einzureichen.

Viele der Kandidaten, die es dennoch wagten, »Einiges Russland« im Jahr 2026 in Einmandatswahlkreisen herauszufordern, wurden während des Wahlkampfes selbst aus dem Rennen genommen, hauptsächlich durch Verwaltungsstrafen aufgrund von »Extremismus«-Bestimmungen und Strafverfahren wegen »Fake News« und »Diskreditierung der Armee«.

Zweitens hatte sich der öffentliche Raum im Vergleich zu 2021 erheblich verkleinert. Die Zensur in Kriegszeiten hat die Meinungsfreiheit stark eingeschränkt, während sich auch der Zugang zu unabhängigen Informationen verengt hat. Nahezu alle unabhängigen Medien arbeiten mittlerweile aus dem Exil, ihre Webseiten sind innerhalb Russlands gesperrt und im Allgemeinen nur über VPNs zugänglich, deren Nutzung ihrerseits zunehmend eingeschränkt wird.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Wahlkampf 2026

1. Jabloko: Die einzige kurzlebige Intrige

Die Episode mit der Partei »Jabloko«, die sich im Juli und August abspielte, verdeutlichte ein häufiges Problem autoritärer Herrschaft: die nachlassende Fähigkeit der Behörden, die Stimmung in der Bevölkerung einzuschätzen.

Als die Zentrale Wahlkommission (ZWK) die Teilnahme von »Jabloko« an der Wahl genehmigte, ging sie vermutlich davon aus, dass die Partei eine Randrolle spielen würde. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hatte »Jabloko« auf Landesebene stetig an Unterstützung verloren und war zu einer weitgehend harmlosen Kraft am politischen Rand geworden, die sich innerhalb streng vorgeschriebener Grenzen bewegte. Zuletzt war »Jabloko« 1999 mit knapp 6 % der Stimmen in die Staatsduma eingezogen. Bei der Präsidentschaftswahl 2018 erzielte der Mitbegründer der Partei, Grigorij Jawlinskij, etwas mehr als 1 %. Bei der Parlamentswahl 2021 erhielt »Jabloko« 1,34 % der Stimmen und verlor damit die staatliche Finanzierung. Bei der Präsidentschaftswahl 2024 stellte die Partei keinen Kandidaten auf.

Die nicht-systemische Opposition warf »Jabloko« vor, mit dem Kreml unter einer Decke zu stecken. Gleichzeitig sah sich »Jabloko«, insbesondere seit 2025, zunehmenden Repressionen ausgesetzt, wobei Straf- und Verwaltungsverfahren Teile ihrer Führung auf nationaler und regionaler Ebene effektiv aus der Wahlpolitik verdrängten.

Mit der Registrierung von »Jabloko« scheint der Kreml das Potenzial der Antikriegsstimmung in der Gesellschaft unterschätzt zu haben. Das öffentliche Interesse an »Jabloko« stieg nach der Registrierung sprunghaft an, was sich in stark steigenden Besucherzahlen auf der Website, Internet-Suchanfragen und Umfragewerten widerspiegelte. Auch Oppositionspolitiker im Exil unterstützten die Partei öffentlich.

Das Wahlprogramm von »Jabloko« umfasste bemerkenswerterweise nur 40 Wörter und enthielt keine radikalen Forderungen. Der gesamte Text lautet: »Für Frieden und Freiheit! Für ein Leben ohne Angst! Für ein Waffenstillstandsabkommen, Diplomatie und Frieden! Unser Ziel ist es, einen Atomkrieg zu verhindern! Für ein Russland frei von Angst und politischer Unterdrückung! Für den Schutz des menschlichen Lebens, für Respekt, Würde und Wohlergehen! Unser Ziel ist ein blühendes, demokratisches Russland!«.

Doch im heutigen Russland machten selbst diese Slogans »Jabloko« zur einzigen politischen Kraft auf dem landesweiten Wahlzettel, die sich offen gegen den Krieg aussprach. Angesichts der Aussicht, der Partei mehrere Wochen lang einen landesweiten Wahlkampf zu gestatten, und aus wachsender Sorge, die Kontrolle über den Wahlkampf zu verlieren, schlossen die Behörden »Jabloko« von der Wahl aus. Eine Woche später wurde Lew Shlosberg, stellvertretender Vorsitzender von »Jabloko«, zu elf Jahren Haft verurteilt.

Nachdem der Oberste Gerichtshof am 10. August die Liste der Partei auf nationale Ebene gestrichen hatte, blieb »Jabloko« nur noch die Chance auf die regionalen Parlamente, wo die Partei in acht Regionen Kandidatenlisten aufgestellt hatte. Der Partei gelang es, einen Sitz in der Regionalduma von Nowgorod zu erringen, indem sie die 5-Prozent-Hürde überwandte.

Die Geschichte von »Jabloko« zeigte, dass es in der russischen Gesellschaft eine beträchtliche Wählergruppe gibt, die in der Lage ist, sich um praktisch jede politische Kraft zu mobilisieren, die im Rahmen des Gesetzes agiert und auch nur den geringsten Anschein von Opposition aufweist – wie dies auch bei der Präsidentschaftswahl 2024 zu beobachten war.

2. Mechanismen massiver Wahlmanipulation im Wahlkampf 2026

2.1. Wahlzwang

Verwaltungsdruck und die Mobilisierung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst blieben das wichtigste Instrument, um die Wahlbeteiligung in der frühen Phase künstlich in die Höhe zu treiben und vorhersehbare Ergebnisse zu sichern. Durch systematische Beobachtung und Beschwerden wurden Dutzende Fälle von Wahlzwang in staatlichen, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in Wirtschaftsunternehmen aufgedeckt. Laut dem Beobachtungsprojekt »Na Rawnych« (dt.: auf Augenhöhe) schalteten sowohl das nationale als auch das Moskauer System zur elektronischen Fernwahl [DEG – Anm. der Red] am Morgen des ersten Wahltags in den Modus »virtuelle Warteschlange« um. Experten führen dies auf die große Zahl von Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurück, die dazu gedrängt wurden, ihre Stimme abzugeben und das Ergebnis bis zum Mittag zu melden. Allein »Na Rawnych« zählte 74 solcher Fälle. Eine Karte von Verstößen verzeichnet etwa 217 Fälle von Nötigung und administrativem Missbrauch.

Zwang zur Stimmabgabe wurde an großen Universitäten wie der Setschenowskij-Universität und der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften in Moskau sowie an der Föderalen Universität Ural gemeldet, ebenso wie bei Industrie- und Energieunternehmen wie Lukoil, Rosseti und Unipro. Berichte kamen auch von Beschäftigten der Supermarktketten Magnit und Pjaterotschka, von Krankenhäusern und Kliniken sowie von kulturellen Einrichtungen, darunter die Eremitage.

Das Nachgeben gegenüber dem Druck, am Arbeitsplatz zu wählen, scheint ein tief verwurzeltes Verhaltensmuster unter den Wählern zu sein und wird oft weniger von politischer Überzeugung als von alltäglichen sozialen Mechanismen getrieben. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren oder informelle Sanktionen zu riskieren, überwiegt in der Regel die Überlegung, wem die Stimme letztendlich zugutekommt. Auch persönliche Loyalität scheint eine Rolle zu spielen. Vorgesetzte stehen selbst unter Druck, die Wahlbeteiligung nach oben zu treiben, und Mitarbeiter wollen sie oft nicht in Schwierigkeiten bringen. Das Wählen wird somit eher zu einem Gefallen für eine bestimmte Person als zu einem Ausdruck der Loyalität gegenüber dem Staat. Viele gehen zudem davon aus, dass eine Stimme nichts ändert und dass Widerstand nur Probleme schaffen würde. **Infolgedessen trägt Zwang dazu bei, Stimmen für »Einiges Russland« zu sichern, auch ohne die Wähler davon zu überzeugen, ihre Stimme dieser Partei zu geben.**

2.2. Manipulation der Wahlbeteiligung

Eine statistische Analyse der Wahldaten ergab weit verbreitete Anomalien, die auf eine künstliche Aufblähung der Wahlbeteiligung hindeuten. Der Wahlanalyst Ivan Shukshin veröffentlichte Diagramme, die künstlich aufgeblähte Wahlbeteiligungszahlen in den Aufzeichnungen der Wahlkommissionen in vielen Regionen zeigen. Diese Methode schafft am letzten Tag der Wahl Spielraum, um ausgewählten Kandidaten und Parteien zusätzliche Stimmen hinzuzufügen. Shukshin stellte in mehr als einem Dutzend Regionen, von St. Petersburg bis nach Dagestan und Kabardino-Balkarien, eine ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung fest.

Statistische Analysen der verfügbaren Daten lassen zwei wesentliche Schlussfolgerungen zu: 1) Die tatsächliche landesweite **Wahlbeteiligung lag unter 50 %**, verglichen mit den von der Zentralen Wahlkommission (ZWK) gemeldeten 59,3 %; 2) Die **tatsächliche Unterstützung für »Einiges Russland« über die Parteilisten wird auf 35–42 %** geschätzt, was deutlich unter der offiziellen Angabe der ZWK von 58 % liegt.

2.3. Wahlbetrug durch zusätzliche Stimmzettel und Manipulationen bei der Briefwahl

Selbst in einem politischen Umfeld, in dem es keinen echten Wettbewerb gibt und die Wahlbeteiligung durch beispiellosen Druck auf die Wähler sowie Manipulationen bei der elektronischen Stimmabgabe gesteuert wird, greifen Wahlkommissionen in vielen Regionen immer noch auf Wahlbetrug zurück. Dies reicht von einfachem Wahlbetrug durch zusätzliche Stimmzettel bis hin zu ausgefeilteren »Karussell-Wahl«-Manipulationen [die Mehrfachabstimmung in verschiedenen Wahllokalen – Anm. d. Red.].

In einem Wahllokal in Komi entdeckten Beobachter 48 Stimmzettel, die bereits zugunsten von »Einiges Russland« ausgefüllt waren. Der Betrug wäre möglicherweise unbemerkt geblieben, hätten die Verantwortlichen nicht einen schlampigen Fehler begangen: Einer der vorab ausgefüllten Stimmzettel wurde einem echten Wähler ausgehändigt, der den unerwarteten »Fund« den Beobachtern der kommunistischen Partei KPRF meldete.

In Mari El steckte ein Mitglied der Wahlkommission zwei Bündel Stimmzettel direkt vor den Augen der Kameras, die live aus dem Wahllokal übertrugen, in die Wahlurne. Ein Wähler in einem Wahllokal in Woronesch stopfte ein Dutzend Stimmzettel in die Urne, was von einer versteckten Kamera aufgezeichnet wurde. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass er Komplizen unter den Kommissionsmitgliedern hatte – wie es auch bei einem in Moskau aufgedeckten »Karussellwahl«-Betrug der Fall war.

In der Region Leningrad wurden Unregelmäßigkeiten bei der »Stimmabgabe zu Hause« aufgedeckt. Bei der Wahlkommission Nr. 967 im Wahlbezirk Kudrowo dokumentierten Wahlbeobachter schwerwiegende Unregelmäßigkeiten bei der Überprüfung der tragbaren Wahlurnen: Die Wahlurnen, die zur Abholung einzelner Stimmzettel bei älteren oder gehbehinderten Bürgern zu Hause verwendet wurden, waren mit riesigen, perfekt gestapelten Stapeln von Stimmzetteln gefüllt. Dies veranschaulicht einen typischen Missbrauch der Verfahren zur »Stimmabgabe zu Hause«, um die Wahlbeteiligung aufzublähen und die Stimmzahlen des Regimes in Vorstadtbezirken künstlich in die Höhe zu treiben.

Darüber hinaus wurden Wahlkommissionen bei einer Reihe kleinerer Verfahrensverstöße erwischt, darunter das Öffnen von Safes mit Stimmzetteln und das Versäumen, Wahlurnen zu versiegeln. Vor dem Hintergrund groß angelegter Manipulationen wirken diese Verstöße eher wie geringfügiges Fehlverhalten – oder einfach als Ergebnis von Inkompetenz. Eine Karte von Verstößen verzeichnete etwa 1043 solcher Unregelmäßigkeiten.

Es ist wichtig zu beachten, dass **die begrenzte Anzahl dokumentierter Verstöße nicht deren tatsächliches Ausmaß widerspiegelt**. Höchstwahrscheinlich haben Wahlkommissionen in vielen Regionen weiterhin Manipulationen und Verfahrensverstöße begangen, doch nur ein Bruchteil davon fand Eingang in die Beobachtungsberichte – **vor allem, weil die unabhängige Wahlbeobachtung über viele Jahre hinweg systematisch demontiert wurde**.

2.4. Druck auf Beobachter und vorgetäuschte Beobachtung

Wie schon bei früheren Wahlen wurde die unabhängige Wahlbeobachtung behindert. Behörden und lokale Wahlkommissionen schränkten den Zugang der Beobachter systematisch ein, versperrten ihnen die Sicht oder entfernten sie mithilfe von Polizei- und Gerichtsanordnungen aus den Wahllokalen.

Allein am ersten Tag wurde fast 1.527 Beobachtern der Kommunistischen Partei (KPRF) und von »Jabloko« der Zugang zu Wahllokalen in der Region Altai, in Archangelsk, in den Regionen Woronesch, Leningrad und Tjumen sowie in St. Petersburg und Moskau verwehrt. An allen drei Wahltagen wurden zahlreiche Beobachter von der Polizei oder aufgrund gerichtlicher Anordnungen aus den Wahllokalen entfernt. Die Wahlkommissionen schränkten die Rechte der Beobachter ein, vor allem indem sie diese an Orten platzierten, von denen aus sie die Wahlurnen nicht deutlich sehen konnten. Solche Fälle wurden in Perm, der Region Moskau und Saratow dokumentiert.

2.5. Die Ergebnisse der illegalen Wahlen in den besetzten Gebieten können nicht beurteilt werden

Im Rahmen dieser Kampagne inszenierte Russland zudem »Wahlen« in den besetzten Gebieten der Ukraine, was einen klaren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt.

Die russische Zentrale Wahlkommission veröffentlicht keine auswertbaren Daten zu den besetzten Gebieten der Ukraine, insbesondere nicht zu den sogenannten »DNR« und »LNR« sowie zu den besetzten Teilen der Regionen Saporischschja und Cherson. Es wird keine Aufschlüsselung nach Wahllokalen geben und höchstwahrscheinlich auch keine nach Bezirken. **Das bedeutet, dass praktisch beliebige Zahlen als »Ergebnis« der Abstimmung präsentiert werden können, sowohl hinsichtlich der Wahlbeteiligung als auch hinsichtlich der Stimmen, die Parteien und Kandidaten erhalten haben.**

Der Großteil der »Stimmen« in den besetzten Gebieten wurde bereits vor Beginn der offiziellen Hauptwahltag generiert. Die vorzeitige Stimmabgabe erfolgte über mehrere Tage hinweg (in einigen Bezirken der »DNR« bereits ab Ende August) durch sogenannte »mobile Teams«.

Mitglieder der Wahlkommission gingen von Tür zu Tür, begleitet von bewaffneten russischen Soldaten. Die »Abstimmung« fand ohne aktuelle, überprüfte Wählerlisten statt. Passdaten wurden vor Ort in Arbeitsblätter eingetragen, was die Voraussetzungen für massenhafte Mehrfachabstimmungen und für eine künstlich aufgeblähte Wahlbeteiligung schuf, unter anderem durch die nicht registrierte lokale Bevölkerung und russisches Militärpersonal. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission stammten von den rund 4,7 Millionen »vorzeitig Wählenden« im ganzen Land mehr als 4,4 Millionen aus den Frontgebieten und den unter Kriegsrecht stehenden besetzten Regionen. Im Ver-

gleich zu den Staatsduma-Wahlen 2021 hat sich diese Zahl um ein Vielfaches erhöht: Damals gaben etwa 225.000 Menschen ihre Stimme vorzeitig ab.

Die besetzten Gebiete werden in der russischen Staatsduma durch mindestens 11 Abgeordnete aus Einmandatswahlkreisen »vertreten« sein: 3 aus Donezk, 3 aus der Krim, 2 aus Luhansk sowie je einer aus Cherson, Saporischschja und Sewastopol.

Das englischsprachige Original der Stellungnahme von Russian Election Monitor erschien am 21.09.2026 auf der Seite der Organisation unter: <https://russian-election-monitor.org/statement-on-the-russian-election-2026/>. Wir bedanken uns bei Russian Election Monitor (REM) und bei European Platform for Democratic Elections (EPDE) für die freundliche Erlaubnis zum Nachdruck.

Lesetipps:

- European Platform for Democratic Elections (EPDE): Fake Observation, Statement Manufactured Legitimacy: Fake Observers at Russia's 2026 State Duma Elections, 21.09.2026, <https://epde.org/?news=manufactured-legitimacy-fake-observers-at-russias-2026-state-duma-elections>.
- Russian Election Monitor (REM): Supreme Court Bars Yabloko: Inside the Lawsuit and the Regime's Fear of Losing Control, 20.08.2026, <https://russian-election-monitor.org/supreme-court-bars-yabloko-inside-the-lawsuit-and-the-regimes-fear-of-losing-control/>.
- Russian Election Monitor (REM): Election watchdog 'Golos' announced shutdown. Is this the end of independent monitoring?, 21.07.2025, <https://russian-election-monitor.org/election-watchdog-golos-announced-shutdown-is-this-the-end-of-independent-monitoring/>.
- Russian Election Monitor (REM): Electoral expert on preparations for Russia's 2026 State Duma elections, 27.12.2025, <https://russian-election-monitor.org/electoral-expert-on-preparations-for-russia-s-2026-state-duma-elections/>.
- Russian Election Monitor (REM): Who is Vladislav Davankov – a new hope for opposition in the presidential election?, 03.03.2024, <https://russian-election-monitor.org/who-is-vladislav-davankov-a-new-hope-for-opposition-in-the-presidential-election/>.

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen. Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
 Alena Schwarz (Chronik)
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
 Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

